DIE POLNISCHE FRAGE

Von

Dr. Moritz Ritter v. Straszewski
öffentl. ordentl. Professor an der jagiellonischen Universität in Krakau

PREIS K 1.50 = M 1.20

WIEN 1915
Verl. des Obersten Polnischen Nationalkomitee
Druck: Carl Herrmann, Wien, IX. Alserstraße 50
Generalvertrieb:
H. Goldschmiedt G. m. b. H., Wien, I. Wollzeile 11

I.

Der furchtbare Weltkrieg, welcher seit zehn Monaten auf den Gefilden von West- und Osteuropa wütet, hat mit elementarer Gewalt auf die Tagesordnung der internationalen Politik eine Frage gebracht, über die sich die zünftigen Diplomaten Europas seit mehreren Jahrzehnten gründlich auszuschweigen trachteten. Es ist dies die polnische Frage.

Genau 120 Jahre sind verflossen, seitdem ein mächtiges Reich, dessen Flächeninhalt gegen eine Million Quadratkilometer betrug, endgültig zertrümmert wurde; seitdem ein viele Millionen zählendes Kulturvolk, welches eine tausendjährige Geschichte hinter sich hatte, welches durch Jahrhunderte das Bollwerk des westlichen Europa gegen die Barbarei des Ostens gewesen, welches an der Kulturarbeit des christlichen Europa seit dem XIII. Jahrhunderte regen Anteil genommen und bereits im XVI. Jahrhundert eine reichhaltige, prachtvolle Nationalliteratur hervorgebracht hatte; ein Volk, welches in seiner politischen Verfassung als eines der ersten in der Welt, das Ideal einer parlamentarischen Volksvertretung verwirklicht hatte, — nicht nur seiner staatlichen Selbständigkeit beraubt, aber auch in Stücke zerrissen worden war. Bewohner eines in geographischer Hinsicht einheitlichen Territoriums, welche derselben Sprache sich bedienten und demselben religiösen Glauben huldigten, wurden drei ihnen fremden staatlichen Organismen einverleibt. Künstlich gezogene Grenzen zerschnitten die innigsten Bande des Besitzes, des Familienlebens, der Nachbarschaft, der wirtschaftlichen Gemeinschaft, durchstrichen mit brutaler Rücksichtslosigkeit ehrwürdigste Traditionen. Das alles geschah gegen Ende jenes achtzehnten Jahrhunderts, das sich mit Vorliebe als das Jahrhundert der Aufklärung bezeichnete und mit der französischen Revolution der schmachtenden Menschheit auch wirklich den Anfang

der Befreiung vom Joche des Absolutismus und des Feudalismus brachte.

Ich will hier die Frage unerörtert lassen, wer eigentlich die Zertrümmerung des polnischen Reiches und die Teilung seines Gebietes verschuldet hat. Sind es die Polen selbst, oder sind es ihre Nachbarn? Ich erlaube mir nur zu bemerken, daß jedes Kulturvolk, dessen Geschichte sich durch Jahrhunderte hinzieht, im Laufe seiner Entwicklung Perioden eines glänzenden Aufblühens und eines Verfalls aufzuweisen hat, daß aber zeitweise auftretende Niedergangserscheinungen seine Nachbarn — um mit den Worten des großen Königsberger Denkers Immanuel Kant zu sprechen — durchaus nicht dazu berechtigen, ein solches Volk, das von einer inneren Schwäche befallen, um seine Wiedergeburt kämpft, zu überrumpeln und dessen Schwäche zu eigenen egoistischen Zwecken auszunützen. Es ist richtig, daß der polnische Staatsorganismus zerrüttet war, er befand sich jedoch bereits im Zustande einer gründlichen Reorganisation und Stärkung, als durch Gewalt seinem Leben ein Ende bereitet wurde.

Es war wohl nicht schwer, die erst aufkeimende Verfassungsreform zu unterdrücken und der staatlichen Selbstständigkeit Polens ein Ende zu bereiten. Allein die polnische Frage aus der Welt zu schaffen, das ging nicht so leicht. Der Staat verschwand im Jahre 1795 von der Karte Europas, es blieb jedoch der ganze Grund und Boden im Besitze eines einheitlichen Volkes, das in seiner Sprache ein wunderbar entwickeltes Organ des Gedankenaustausches besaß, es blieben glorreiche geschichtliche Erinnerungen, es blieb die nationale Kultur, als Ergebnis eines Jahrhunderte langen Sinnens und Strebens. Weder die soziale noch die kirchlich-religiöse Organisation konnten weggefegt werden. — Hiezu gesellten sich noch der Zorn und die Scham, welche die edelsten Geister der Nation wegen der verlorenen Freiheit und Selbständigkeit erfaßte. Zwei Jahre nach der letzten Teilung Polens begann im Auslande die Bildung polnischer Legionen. Unter ihrem stolzen Banner machte die Idee eines unabhängigen Polens, die polnische Frage, die Runde durch die Welt. Neun Jahre später entstand das Herzogtum Warschau und es verflossen keine weiteren neun Jahre, als die auf dem Kongresse in

Wien versammelten Monarchen und Diplomaten — um die polnische Frage aus der Welt zu schaffen — sich bewogen sahen, ein neues Königreich Polen ins Leben zu rufen.

Die Schöpfung des Wiener Kongresses vom Jahre 1815 war jedoch eine mißratene Fehlgeburt, und zwar aus doppelten Gründen:

1. Der geographische Kern der polnischen Länder sowie der Grundstock des Polenvolkes blieb auch weiter in drei Teile zerstückelt;

2. die polnische Krone wurde dem russischen Zaren ausgeliefert, der in Polen als ein konstitutioneller König regieren sollte, während er in Rußland unumschränkter absoluter Herrscher blieb.

Diese politische Vernunftehe eines liberalen westeuropäischen Königtums mit dem moskowitischen Zarentum war etwas derart widernatürliches, daß kein besonnener und ehrlicher Politiker ihr lange Dauer versprechen konnte. Entweder das Zarentum oder Polen mußte daran zu Grunde gehen. Wie nicht anders zu erwarten war, zog Polen den Kürzeren. Die Selbständigkeit Polens wurde im Jahre 1831 zum zweiten Male von Rußland zertrümmert und die polnische Frage erschien wiederum auf dem Horizonte der internationalen Politik. Sie erschien jedoch für Europa, hauptsächlich aber für die bei der Teilung Polens mitinteressierten Nachbarn Rußlands, unter viel ungünstigeren Bedingungen, als dies nach der dritten Teilung Polens der Fall war. Indem Rußland das vom Wiener Kongresse vor hundert Jahren geschaffene Königreich Polen überwältigte und besetzte, trieb es einen mächtigen Keil in der Richtung gegen Preußen und Oesterreich vor und hat sich auf den für diese beiden Reiche empfindlichsten Grenzpunkten festgesetzt. Man braucht nur einen Blick auf die bis vor Kurzem geltende politische Karte von Europa zu werfen und die jetzt tobenden gewaltigen Kämpfe auf den beiden Weichselufern sich zu vergegenwärtigen, um die Richtigkeit der soeben von mir ausgesprochenen Behauptung anzuerkennen. Zwei von den dreien an der Zerstückelung Polens beteiligten Mächten müssen, um überhaupt weiter existieren zu können, unter furchtbarsten Anstrengungen und

Opfern den dritten Teilhaber aus seiner in das Innerste der beiden Reiche vorgeschoben drohenden Stellung hinauszudrängen trachten. Was jetzt vor unseren Augen vorgeht, ist nichts anderes, als eine Folge der auf dem Wiener Kongresse begangenen Fehler. Oesterreich und Preußen erkannten richtig die ihnen nach der Niederwerfung des polnischen Aufstandes vom Jahre 1831 drohende Gefahr und trachteten ihr durch einen engen freundnachbarlichen Anschluß an Rußland vorzubeugen. Seit der Zeit war die Politik der beiden an Rußland grenzenden Mächte von der Idee geleitet, daß man mit Rußland womöglich in einem Allianzverhältnisse verbleiben müsse, da sonst dieses Rußland zum gefährlichsten Gegner werden könnte. Es bleibt daher nichts anderes übrig, als die Interessen des polnischen Volkes auf dem Altare eigener Sicherheit zu opfern.

Durch drei Jahrzehnte trachteten nun Oesterreich und Preußen im Anschluß an Rußland, jede Regung der polnischen Frage im Keime zu ersticken. Für die Westmächte dagegen, das ist für Frankreich und England, wurde die polnische Frage zu einem sehr erwünschten Mittel, um Rußland im Schach zu halten. Rußland wurde nämlich durch Eroberung des Kaukasus, dann durch sein Vordringen in das Innere Asiens und durch Bedrohung der Türkei zu einem gefährlichen Nebenbuhler Englands in Asien einerseits, der beiden Westmächte im Mittelländischen Meere anderseits. Wir bemerken also in der großen internationalen Politik mehr weniger bis zum Jahre 1870 folgende Konjunktur: Auf der einen Seite steht Rußland und die beiden Nachbarmächte, die sich gegenseitig unterstützen und decken und infolgedessen auch jede Anregung in der polnischen Frage als absolut unzulässig, weil mit ihren vitalsten Interessen unvereinbar, abweisen. Auf der anderen Seite stehen die Westmächte, die keine sich ihnen darbietende Gelegenheit unbenützt verstreichen lassen, ohne die polnische Frage als einen Sturmbock gegen die schwächste Seite Rußlands zu verwenden. Es ist allgemein bekannt, daß Lord Palmerston Polen als eine an die Füße des russischen Kolosses angebundene Kugel bezeichnete. Es gab wohl im Laufe der 40 Jahre von 1830 bis 1870 Momente und Lagen, welche in das soeben vorgezeichnete

Bild nicht zu passen scheinen. Allein es sind dies Ausnahmen, welche nur die Regel bestätigen. Dreimal, und zwar in den Jahren 1855 (während des Krimkrieges), 1863 (während des polnischen Aufstandes) und 1868 (nach der Salzburgerreise des Franzosenkaisers Napoleon III.) war Oesterreich beinahe im Begriffe, auszuspringen und in der polnischen Frage sich an die Seite der Westmächte zu schlagen. Es kam jedoch nicht dazu. Rußland wurde geschont, und zwar aus doppelten Gründen: 1. der dritte bei der Teilung Polens interessierte Nachbar verharrte jedes Mal entschieden auf Seite Rußlands; 2. das Risiko schien zu groß. Man wußte in Oesterreich wie man stand, man war zu stark in Italien und Deutschland gebunden, zuletzt erschien der französische Verbündete zu wenig zuverlässig, man sträubte sich also, ins unbekannte Neue sich zu stürzen und blieb lieber beim Alten, das ist beim freundnachbarlichen Verhältnisse mit Rußland. Die Gruppierung der drei Teilungsmächte einerseits und der zwei Westmächte andererseits bestand jedesmal die Probe.

So standen die Dinge, bis neue gewaltige Ereignisse hereinbrachen. Zuerst kam der Zusammenstoß Oesterreichs mit Preußen, dann der Deutschlands mit Frankreich. Die zwischenstaatlichen Beziehungen Europas begannen seit der Zeit sich immer verwickelter, immer heiklicher zu gestalten.

II.

Es gibt in der Geschichte der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts kein Ereignis, das auf die weiteren Schicksale der polnischen Frage einen so entscheidenden Einfluß ausgeübt hätte, als der Krieg zwischen Oesterreich und Preußen vom Jahre 1866 und das Hinausdrängen der Habsburgischen Monarchie aus Deutschland. Oesterreich verdankt diesen Ereignissen die Rückkehr zu freiheitlichen Einrichtungen. — Das Kaisertum Oesterreich wird zu einer konstitutionellen Doppelmonarchie umgestaltet. Da nun die Ungarn ihre Selbständigkeit wieder erlangt hatten und, da in dem Ausgleiche mit ihnen vereinbart wurde, daß auch die zweite Hälfte der Monarchie konstitutionell regiert werden soll, so mußten hiefür Bedingungen geschaffen und entsprechende Stützpunkte gesucht werden. Eine konstitutionelle Regierung ist ohne Volksvertretung und eine Volksvertretung ohne Majorität unmöglich. Nach dem Ausscheiden der Länder der St. Stephanskrone blieb dem zweiten Staate der Monarchie ein Gemisch von Völkern, in welchem die Deutschen zwar eine sehr ansehnliche, aber jedenfalls eine Minorität bildeten. Man mußte sich also, um in dem sogenannten „Zisleithanien" überhaupt konstitutionell regieren zu können, nach Bundesgenossen umschauen. Auf die Tschechen war nicht zu rechnen, da dieses slavische sehr hoch entwickelte Volk sich in heftigster Opposition gegen den Dualismus befand. Es blieb daher nichts anderes übrig, als sich an das neben den Deutschen und Tschechen in Zisleithanien zahlreichste, und in dem größten der Kronländer, in Galizien tonangebende Volk der Polen zu wenden.

Warum die Wiener Regierung, welche in Galizien noch ein zweites fast ebenso zahlreiches und mit den Polen eng verwandtes Volk, die Ruthenen zur Verfügung haben konnte, ihre Wahl zu Gunsten der Polen getroffen hat, ist leicht verständlich. Die Ruthenen bildeten im Jahre 1867 nur

eine Masse ungebildeten Bauernvolkes; die Polen dagegen waren in sozialer Beziehung bereits stark differenziert. Sie besaßen neben den Bauern recht zahlreiche Intelligenz, einen in den Städten des ganzen Landes angesiedelten Bürgerstand, hauptsächlich aber einen selbstbewußten mächtigen und auf seine großen Traditionen stolzen Adel, in dessen Händen, zwanzig Jahre nach der Abschaffung der Leibeigenschaft der Bauern, sich noch immer weit mehr als die Hälfte vom ganzen Grund und Boden des Kronlandes befand. Wollte also die Wiener Regierung, gestützt auf das deutsche Element, in Zisleithanien konstitutionell regieren, so hatte sie im Grunde genommen keine andere Wahl, als sich den Polen zuzuwenden und mit diesem Volke sich ebenso ehrlich und aufrichtig auszusöhnen, wie sie dies mit den Ungarn getan. Man muß es den Polen nachsagen, daß sie durch die schweren Prüfungen des Jahres 1863 belehrt, es verstanden haben, die sich ihnen darbietende Gelegenheit auszunützen. Sie wandten sich vor allem an die Dynastie und wußten den hochherzigen und von tiefem Gerechtigkeitsgefühl durchdrungenen Monarchen für sich zu gewinnen. Sie verstanden es weiter, trotz vielfacher Opposition gegen einzelne Regierungen und zeitweilige Regierungssysteme, immer als staatserhaltende Partei aufzutreten; sie trieben niemals ihre Opposition bis zum Aeußersten, befürworteten immer energisch die Entwicklung des Heerwesens der Monarchie und unterstützten fleißig, trotz mancherlei Kritik, die auswärtige Politik dieser Monarchie.

Auf diesem Wege konsequent fortschreitend, wurden die Polen zu einem in dem Regierungssysteme Oesterreich-Ungarns unentbehrlichem Faktor. — Sie ernteten auch reichlichen Lohn hiefür in der Form des ihnen von den Stufen des Thrones entgegengebrachten Vertrauens sowie in der Form nationaler Autonomie und Freiheit, was ihnen die Möglichkeit einer vielseitigen Entwicklung sowohl ihrer Kulturwerte, als auch ihrer sozialen und wirtschaftlichen Einrichtungen verschaffte.

Trotzdem eine derartige Lösung der polnischen Frage in der österreichisch-ungarischen Monarchie rein interner Natur war, so konnten doch auch auswärtige Folgen einer derartigen Wandlung nicht ausbleiben. Es ereignete sich nämlich, daß die Aussöhnung des Polentums mit Oesterreich-

Ungarn gerade in derselben Zeit erfolgte, in welcher Rußland innerhalb seiner Grenzen brutalste Maßregeln gegen die polnische Nation anzuwenden begann. Gerade im Jahre 1867 und in den nachfolgenden wurden die Reste der Autonomie Kongreß-Polens abgeschafft, die russische Sprache überall gewaltsam eingeführt. Sämtliche polnische Schulen wurden gesperrt, die Hochschule in Warschau in eine russische Universität umgewandelt, die katholische Kirche und Religion schwersten Verfolgungen ausgesetzt. Keine einzige nationale Institution aus den früheren glorreichen Zeiten konnte ihren Bestand retten. Eine förmliche Zerstörungswut Polen gegenüber erfaßte die herrschenden Kreise Rußlands. Man hatte sich dort zur Aufgabe gestellt, mit den Polen einmal fertig zu werden und sie entweder zu gehorsamen Russen, oder zu stumpfen Heloten des Russentums umzugestalten.

Während sich nun in Rußland eine derartige Strömung breitmachte und zur herrschenden wurde, dringt auf einmal die Nachricht ein, daß die benachbarte Monarchie, die Teilhaberin an der Teilung Polens, sich mit ihren Polen ausgesöhnt und ihnen weitgehende nationale Zugeständnisse bewilligt habe. Wahrhaftig! eine derartige Botschaft konnte für russische Ohren unmöglich angenehm sein. Petersburger hohe und höchste Kreise gerieten in ohnmächtige Wut. Sie hofften mit den Polen recht bald abzurechnen, da erfahren sie auf einmal, daß dieses von ihnen so grausam gemarterte Volk in der nächsten Nähe ihrer Grenze in die Lage kommt, frei aufatmen zu können. Es war doch nicht möglich, zwischen Galizien und den an Rußland geketteten Teilen Polens eine chinesische Mauer aufzurichten und im Zeitalter der Eisenbahnen und der Telegraphen jedweden Verkehr zwischen den Mitgliedern derselben nur durch künstliche Grenzen zerrissenen Nation aufzuheben. Die in Galizien sich frei entwickelnde polnische Kultur, das dort gestärkte Nationalbewußtsein mußte mit Naturnotwendigkeit belebenden Einfluß auf das Polentum überhaupt, wo immer es eine Unterkunft fand, ausüben.

Man begriff das alles sehr gut in Petersburg und man begann dort auf Abwehr und auf Vergeltung zu sinnen. Dem Grundsatze folgend, daß die beste Deckung der Hieb sei, hat man sich in den russischen Regierungskreisen rasch

zu Taten entschlossen. Man begann einerseits die im letzten Dezennium infolge polnischer Wirren etwas vernachlässigte panslavistische Propaganda von neuem energisch zu betreiben, andererseits erinnerte man sich, daß das russische Volk in Galizien „unterjochte Brüder" besitze, die von den schlimmen Polen „gewaltsam" zum Katholizismus bekehrt, nach dem orthodoxen Glauben und nach der russischen Knute schmachten.

Der Moskauer Slavenkongreß im Jahre 1867 mit den Tschechen als Teilnehmern, auf welchem die Polen durch ihre Abwesenheit glänzten, und die in Galizien mächtig unter dem Ruthenenvolke ansezzende russisch-orthodoxe Propaganda, das waren die ersten Antworten Rußlands auf die Versöhnung der Monarchie mit den Polen. Das alte Verhältnis Rußlands zu Oesterreich lockerte sich. Die polnische Frage kam ins Rollen, jedoch von einer ganz anderen Seite in Bewegung gebracht, als dies bis zu jener Zeit der Fall gewesen war. Es fehlte auch wenig, daß es bereits im Jahre 1868 zum Ausbruche gekommen wäre, als Kaiser Franz Joseph I. eine von der ganzen Bevölkerung heiß ersehnte Reise nach Galizien zu unternehmen beabsichtigte. Kaiser Alexander II. ließ erklären, daß er eine derartige „Unruhestiftung" in der nächsten Nähe seiner Grenzen nicht unbeantwortet lassen würde.

Allein Rußland begnügte sich nicht mit den oben erwähnten Maßregeln. Rußland beschloß eine Einkreisung Oesterreich-Ungarns durchzuführen, um es nachher von allen Seiten anzugreifen und zu erdrücken. Als die panslavistische Flut im russischen Reiche immer höher stieg, entschloß man sich dort zu einem Kriege mit der Türkei. Man verfolgte hiebei folgende Ziele: 1. Die Schmach des Krimkrieges zu tilgen; 2. die südlichen Slaven, hauptsächlich die Bulgaren, vom türkischen Joche zu befreien; 3. mit der Slaven und der Rumänen Hilfe nachher Oesterreich-Ungarn zu umzingeln und sobald die Zeit käme, zu vernichten, wodurch auch die polnische Frage ein- für allemal aus der Welt geschafft würde; 4. freie Durchfahrt durch die Dardanellen zu gewinnen. Kaiser

Alexander II. war der Neutralität Frankreichs und Deutschlands sicher. Das damalige Frankreich noch an den Wunden des Krieges mit Deutschland blutend und von einer schweren inneren Krise durchzuckt, war kaum in der Lage, sei es mit der orientalischen oder mit der polnischen Frage sich ernstlich zu beschäftigen. Im Gegenteil, es war Frankreich schon damals daran gelegen, auf eine leichte und billige Weise das Wohlwollen Rußlands sich zu erkaufen, während Deutschland für die Neutralität im Kriege mit Frankreich sich erkenntlich zeigen wollte.

Allein es blieb noch Oesterreich-Ungarn als die zweite am Balkan am meisten interessierte Macht. Es handelte sich nun für Rußland, sich auch der Neutralität Oesterreich-Ungarns zu vergewissern. Dies gelang der schlauen russischen Politik auf Grund der Uebereinkunft vom Jahre 1876 in Reichstadt. Der russisch-türkische Krieg endigte mit dem Frieden von San-Stephano. Nach dessen Verlautbarung erkannte man in der österreichisch-ungarischen Monarchie sofort, was die russische Politik anstrebe.

Keine von den in Reichstadt übernommenen Verpflichtungen wurde von Rußland gehalten. Man begriff, daß Rußland zwar auf die Türkei schoß, aber dahinter die Vernichtung Oesterreich-Ungarns vorbereiten wollte. Man beschloß also zur Tat zu schreiten. Auf der Tagesordnung des historischen gemeinsamen Kronrates vom 11. März 1878 stand die Kriegserklärung an Rußland und als Antwort auf die Friedensbedingungen von San-Stephano die Aufrollung der polnischen Frage. Es kam nicht dazu, da Rußland zurückwich, die von dem Berliner Kongresse ihm diktierten Bedingungen annahm und in die Besetzung Bosniens und Herzegowinas durch Oesterreich-Ungarn einwilligte.

Es wurde öfters die Frage aufgeworfen, warum Oesterreich-Ungarn die im März 1878 sich ihm darbietende äusserst günstige Gelegenheit, um mit Rußland endgültig abzurechnen, und durch Herstellung Polens diesen gefährlichen Gegner ein für allemal unschädlich zu machen, unbenützt verstreichen ließ? Kein geringerer ja als Bismarck schrieb bereits in einem Berichte vom 23. Februar 1854, daß eine Schwächung Rußlands, durch die es unfähig würde sich zu rächen, sich nur durch die volle Herstellung Polens

herbeiführen ließe. Auf die oben aufgeworfene Frage kann folgendes geantwortet werden: Man befürchtete wahrscheinlich in Oesterreich-Ungarn in der polnischen Frage Schwierigkeiten mit Deutschland, mit dem man damals sich noch nicht in einem Bündnisverhältnisse befand; man hoffte weiter durch Besetzung von Bosnien und Herzegowina sowie durch Sicherung des Weges nach Saloniki über Mitrowitza und endlich durch Hinüberziehen Serbiens und Rumäniens auf Seite der Monarchie die russischen Einkreisungsgelüste unschädlich machen zu können.

Mit der glücklichen Ueberwindung der Krise vom Jahre 1878 war jedoch die polnische Frage weder für Oesterreich-Ungarn noch für Rußland abgetan. Sie verblieb als Ferment und als andauernder Beweggrund zu gegenseitigen manchmal stillen, manchmal etwas lauter verlaufenden Mißstimmungen.

Bismarck würdigte die Bedeutung der polnischen Frage für Oesterreich vollauf. Wenn er trotzdem sich sträubte, den Standpunkt Oesterreichs zu teilen und lieber auf Seite Rußlands verharrte, so hatte er hiezu gewichtige Gründe. Und dennoch war es niemand anderer als Bismarck selbst, welcher die endgültige Aussöhnung Oesterreichs mit den Polen indirekt ermöglichte. Indem nämlich Preußens Politik Oesterreich aus Deutschland hinausdrängte, indem Oesterreich sich infolge des Krieges mit Preußen in eine konstitutionelle Doppelmonarchie umgestaltete, war es gewissermaßen mit Naturnotwendigkeit darauf angewiesen, sich an die Polen zu wenden und hiedurch auch die polni-

sche Frage, als eines der wichtigsten Probleme, in sein Zukunftsprogramm aufzunehmen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß Bismarck darüber im Klaren war, der indirekte Urheber der Versöhnung Oesterreichs mit den Polen zu sein, da es ihm jedoch besonders daran gelegen war, daß die polnische Frage unter keiner Bedingung zur Lösung gelange, ohne Teilnahme und Einflußnahme Deutschlands, so richtete er darnach seine weitere Politik.

Daß der große Kanzler die Polenfrage in Preußen und die polnische Frage überhaupt durchaus nicht kleinlich behandelte, aber im Gegenteile diesen ihren beiden Seiten der inneren preußischen und der internationalen, während seiner ganzen weltgeschichtlichen Laufbahn die allergrößte Aufmerksamkeit widmete, hiefür haben wir zahlreiche Beweise.

Am 31. März 1863 erklärte Bismarck im preußischen Landtage in einer unter der Adresse des Abgeordneten Virchow erteilten Antwort, daß „die polnische Frage der Geschichte angehöre, sie tritt uns in allen historischen Tatsachen, in allen Bewegungen Polens seit dem Jahre 1830 in einer für die preußischen Interessen einschneidenden Weise entgegen." Am 28. Jänner 1886 äußerte sich Bismarck wiederum im preußischen Landtage, daß „durch den Aufstand von Warschau 1830 eine polnische Frage im europäischen Sinne unter Beteiligung und Mitwirkung anderer Nationen auftauchte, die seitdem nicht wieder von der Bildfläche verschwunden sei." Auch nach seinem Rücktritte blieb Fürst Bismarck fest bei seiner Ueberzeugung, daß in der polnischen Frage eine europäische Frage über Krieg und Frieden liegt, was er am 20. April 1894 offen gegenüber 28 Mitgliedern der nationalliberalen Partei bekannte. Welchen Einfluß der große Kanzler der polnischen Frage sowohl auf seine eigene Politik sowie auf den Gang der von ihm so mächtig beeinflußten weltgeschichtlichen Ereignisse einräumte, das leuchtet am besten aus einem Bekenntnis hervor, das er zweimal getan hat. In seinen „Gedanken und Erinnerungen" sagt Fürst Bismarck folgendes: „Der Beginn des Kulturkampfes war für mich überwiegend bestimmt durch seine polnische Seite". Dasselbe wiederholte er am 23. Juni 1892 gegenüber dem Schriftleiter der „Neuen Freien Presse" in folgenden Worten: „Wir hätten den ganzen

Kulturkampf entbehren können, wenn die polnische Frage nicht daran hing. Aber sie hing daran."

Welches Ziel steckte sich nun Fürst Bismarck bei der Behandlung der polnischen Frage, die für ihn als eine der wichtigsten europäischen Fragen galt?

Auf diese Frage kann man folgende Antwort geben: Fürst Bismarck betrachtete es als eine der Hauptaufgaben seiner Politik, es unter keiner Bedingung zuzulassen, daß die polnische Frage in Europa aufs Tapet gelange und unter was immer für einer Gestalt ins Rollen komme. Die polnische Frage erschien ihm als eine der gefährlichsten sowohl für die Sicherheit Preußens als auch später des geeinigten Deutschland. Er ging nämlich von der Voraussetzung aus, daß die Lösung der polnischen Frage in einem für die Polen günstigen Sinne unbedingt die Losreißung Posens und Westpreußens von Preußen und Deutschland nach sich ziehen müßte, was einer höchst folgenschweren Bedrohung sowohl der Sicherheit als auch der Macht des Reiches gleichkäme. Um nun in der polnischen Frage den status quo aufrechtzuerhalten, machte Fürst Bismarck sein lebelang die allergrößten Anstrengungen. Aus diesem Grunde trachtete er immer mit Rußland die allerbesten freundnachbarlichen Beziehungen zu unterhalten. Aus diesem Grunde hat er im Jahre 1863 die bekannte Konvention mit Rußland zur Bekämpfung des polnischen Aufstandes abgeschlossen. Zu demselben Zwecke bekämpfte er erfolgreich die zu Zeiten Kaiser Alexanders III. am russischen Hofe gegen ihn und gegen Deutschland angezettelten Ränke, und erklärte sich entschieden auch gegen die allergeringsten Zugeständnisse an die Polen Preußens, „da uns dies (nämlich Deutschland) auf einen schlechten Fuß mit Rußland bringen würde."

Bei allen derartigen Auftritten betonte jedoch Bismarck immer mit Nachdruck, daß es ihm gar nicht um eine Ausrottung der Polen zu tun sei. Er wolle durchaus nicht den Polen ihre Nationalität nehmen, nur Polonisierungsfälle der Deutschen unmöglich machen und das Emportauchen der polnischen Frage verhindern. In einer Rede, ge-

halten am 24. Jänner 1882, erklärte Fürst Bismarck, daß „es die königliche preußische Politik war, Rußland zu schonen für künftige Kriege, für große Zeiten."

Zieht man nun die obigen Worte Bismarcks in Verbindung mit allem, was bereits früher vorgebracht wurde, in Erwägung, so wirft sich von selbst folgende Frage auf:

Wenn Fürst Bismarck in der polnischen Frage mit Rußland sich solidarisch fühlte, wenn ihm an Rußland so viel gelegen war, warum ging er mit dieser Macht in kein Bundesverhältnis ein, warum hat er seinem Kaiser das Bündnis mit dem polenfreundlichen Oesterreich-Ungarn angeraten und auch den Abschluß eines solchen Bündnisses durchgesetzt? Es scheint darin eine Inkonsequenz des großen Kanzlers zu liegen. Wenn man jedoch diesem Problem bis auf den Grund nachgeht, so muß man zur Ueberzeugung gelangen, daß in einer solchen Handlungsweise Bismarcks nicht nur keine Inkonsequenz lag, daß sie im Gegenteile als Beweis seines unvergleichlichen politischen Scharfsinnes, kurz gesagt, seiner Genialität gelten kann. Gerade bei dieser Gelegenheit hat Fürst Bismarck den Beweis erbracht, daß er ein wahrhaftiger politischer Seher gewesen. Ja! In der polnischen Frage fühlte er sich mit Rußland solidarisch, er wollte Rußland schonen, allein in ein Bündnis wollte er mit Rußland nicht eingehen. Warum? Aus dem einfachen Grunde, weil er Rußland zu gut kannte, weil er in das innerste Wesen dieses Reiches und dieses Volkes einen zu tiefen Einblick getan hat. Er kannte zu genau alle Schleichwege der russischen Politik, ihre Unaufrichtigkeit, ihre Abhängigkeit von den Stimmungen und Ränken der Hofkreise. Rußland repräsentiert den modernen Byzantinismus, es verkörpert den heftigsten Gegensatz gegen die westeuropäische Kultur, als deren hervorragenden, ja in mancher Hinsicht führenden Vertreter Deutschland das Recht hat, sich zu betrachten. Mit einer solchen Macht Bündnisse abzuschließen, schien dem deutschen Kanzler gefährlich. Hiezu konnte sich, trotz aller geschichtlichen Vergangenheit, in der neuesten Zeit das von Rachegelüsten erfüllte Frankreich herbeilassen. Ein solches Bündnis erwies sich, trotz der weitestgehenden Gegensätze, für das herrschsüchtige und von kaufmännischer Eifersucht durchtränkte Albion als möglich. Bismarck optierte im Namen Deutsch-

lands, trotz der von ihm in der polnischen Frage anerkannten Verschiedenheit der Interessen, für Oesterreich-Ungarn.

Daß Rußland für den deutschen Kanzler als ein unsicherer Bundesgenosse galt, das beweist am besten dessen berühmter an König Ludwig II. von Bayern am 10. September 1879 gerichteter Brief. In diesem Briefe schrieb Bismarck folgendes: „Wenn es zweifellos ist, daß Kaiser Alexander II. ohne den Türkenkrieg (1877/78) zu wollen, unter dem Druck der panslavistischen Einflüsse denselben dennoch geführt hat, und wenn inzwischen dieselbe Partei ihren Einfluß dadurch gesteigert hat, daß dem Kaiser die Agitation, welche hinter ihr steht, heute mehr und gefährlicheren Eindruck macht als früher, so liegt die Befürchtung nahe, daß es ihr ebenso gelingen kann, die Unterschrift des Kaisers Alexander für weitere kriegerische Unternehmungen nach Westen zu gewinnen."

Das Bündnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn erschien für Deutschland als die sicherste Gewähr, Frankreich gegenüber, für Oesterreich — Rußland gegenüber und deshalb wurde es im Jahre 1879 abgeschlossen, — von zwei sicherlich in der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts neben Cavour genialsten Staatsmännern: vom Fürsten Bismarck und dem Grafen Andrássy. Allein, daß trotz des Bündnisses mit Oesterreich-Ungarn und vielleicht gerade wegen dieses Bündnisses Bismarck noch energischer dafür sorgte, daß die polnische Frage unberührt bleibe, dies beweist am besten der im Jahre 1884 mit Rußland abgeschlossene sogenannte Reassekuranz-Vertrag, in welchem er sich im Namen Deutschlands verpflichtete, neutral zu bleiben, falls Oesterreich-Ungarn Rußland angriffe. Da erst glaubte er seiner Sache vollkommen sicher zu sein. Greift Oesterreich-Ungarn an, so bleibt Deutschland neutral, greift Rußland an, so steht die Macht Deutschlands auf Seite Oesterreich-Ungarns. Unter solchen Bedingungen schien ihm ein Krieg zwischen den beiden ehemaligen Teilnehmern an der Teilung Polens und den nachherigen Nebenbuhlern fast unmöglich.

Daß er jedoch auch damals die Lösung der polnischen Frage in einem für Polen und für Oesterreich-Ungarn günstigem Sinne aus seinen politischen Berechnungen nicht ausschloß, dieses ist aus der

Unterredung mit dem italienischen Staatsmann Crispi in Friedrichsruh am 2. Oktober 1887 ersichtlich.

„Rußland" — sagte damals Bismarck zu Crispi — „ist seiner Truppen nicht sicher. Das Heer, Offiziere und Soldaten, sind von revolutionären Elementen durchsetzt. Das große Reich scheint unverwundbar, ist es aber nicht. Polen ist ein schwacher Punkt Rußlands und Oesterreich ist in Polen beliebt. Wenn man den Polen nur ein wenig hälfe sich zu erheben, könnten sie ihr Joch abschütteln und unter einem österreichischen Erzherzoge einen selbständigen Staat bilden."

III.

Im Jahre 1890, in welchem Fürst Bismarck von der Leitung des von ihm geschaffenen Deutschen Kaiserreiches zurückgetreten ist, lagen die Dinge in der polnischen Frage so, daß diese Frage für die Teilungsmächte den Charakter einer internen Angelegenheit annahm, während die Westmächte aufgehört hatten, irgend welches Interesse in dieser Richtung zu bekunden. In Oesterreich-Ungarn gestaltete sich die Lage der Polen um diese Zeit immer günstiger. Das Ministerium des Grafen Taaffe war damals am Ruder. In diesem Ministerium spielte ein Pole, der Finanzminister Dr. Juljan Dunajewski, die einflußreichste Rolle. Dieser bedeutende Staatsmann hat in die arg zerrütteten Finanzen des Staates Ordnung gebracht und den Kredit Oesterreichs auf einer gesunden Grundlage hergestellt. Die „polnische Wirtschaft" erwies sich für die Monarchie als heilbringend und stärkend. Der festgeeinigte reichsrätliche Polenklub besaß in allen politischen Fragen ein entscheidendes Wort. An der Spitze der Landesverwaltung in Galizien stand Graf Kasimir Badeni, ein klarer Kopf in Verbindung mit einem energischen und zielbewußten Willen. Das polnische Gemeinwesen Galiziens befand sich im Zustande einer ruhigen aber rasch fortschreitenden Entwicklung auf allen Gebieten des nationalen Lebens.

Ein Gegenstück hiezu bildeten die Zustände Russisch-Polens. Unter der Regierung des Kaisers Alexander III. verschwand jede Hoffnung auf eine Besserung der Lage des polnischen Volkes in Rußland. Die dortigen Polen ließen jedoch trotz aller Knebelung und Verfolgung den Mut nicht sinken. Allgemein wurde das Losungswort: „Durchhalten". Die neu aufkommende Generation hat sich die positive Arbeit auf allen Gebieten des sozialen Lebens, hauptsächlich aber auf wirtschaftlichem Gebiete, zur Aufgabe gestellt: „Wir müssen ein reiches, wirtschaftlich unab-

hängiges und starkes Volk werden, dann wird auch Rußland mit uns rechnen müssen." Obwohl nun die Regierung — wie Cleinow richtig bemerkt — „alle Bestrebungen, die irgend eine nationale Färbung zeigten, bis in die zweite Hälfte der 1890er Jahre, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln verhindert hat, konnte sie den ständig fortschreitenden Zusammenschluß nirgends in der Wirtschaft verhindern".

In Preußen, welches sich in der polnischen Frage mit Rußland solidarisch fühlte, hatte sich die Lage der Polen unmittelbar vor dem Rücktritte des Fürsten Bismarck bedeutend verschlimmert. Es kam im Jahre 1887 zur Bildung der Ansiedelungskommission, deren Aufgabe darin bestand, eine möglichst große Anzahl von Güterkomplexen in Polen und Westpreußen dem polnischen Adel abzukaufen und den hiedurch gewonnenen Grund und Boden im Parzellierungswege an deutsche Kolonisten zu bringen. Welche Ziele die preußische Regierung bei der Schaffung der Ansiedlungskommission verfolgt, liegt klar zutage: Sie wollte den Stillstand in der polnischen Frage, welche Fürst Bismarck als eine europäische Frage über Krieg und Frieden bezeichnete, ausnützen, um das deutsche Element in den ehemals polnischen Gebietsteilen auf Kosten des polnischen Adels so zu stärken, daß jene Gebiete, sobald auf der Uhr der Weltgeschichte eine für Polen günstige Stunde schlagen würde, als überwiegend, wenn nicht rein deutsch, gelten könnten. Mit den polnischen Bauern sowie mit dem damals nicht allzustark entwickelten Bürgerstande glaubte Fürst Bismarck — und mit ihm die preußische Regierung — mit Hilfe der Schule leichter fertig zu werden, als mit dem erbgesessenen und auf seine Traditionen stolzen Adel.

Was die Westmächte anbelangt, so hat Frankreich infolge des mit Rußland im neunten Jahrzehnte des verflossenen Jahrhunderts abgeschlossenen Bündnisses, die polnische Frage gänzlich fallen gelassen. Die in Frankreich nach dem Jahre 1830 so einflußreiche polnische Emigration hat nach dem Jahre 1870 ihre Tätigkeit beinahe eingestellt und Frankreich meistens verlassen, in dem die hervorragendsten Mitglieder und Führer jener Emigration nach dem Pariser Kommune-Aufstande vom Jahre 1871 ins Heimatland zurückkehrten und meistens Galizien zum ständigen Aufent-

haltsorte wählten. In Frankreich blieben nur diejenigen, die durch Familien- oder wirtschaftliche Bande bereits zu fest an das Land gefesselt waren. Da nun für diese Gruppe der polnischen Emigranten sowie für deren Nachkommen Frankreich zur neuen Heimat geworden ist, so hat auch die polnische Frage für sie viel von ihrer Aktualität eingebüßt. Von einem stärkeren Einflusse, sei es auf die Regierungskreise, sei es auf die Bevölkerung Frankreichs, konnte unter solchen Umständen kaum noch die Rede sein.

Die in Sachen der Geographie und Geschichte eine ziemlich weitgehende Ignoranz verratende französische Publizistik, sowie die französische öffentliche Meinung überhaupt, konnte sich der Polen noch kaum entsinnen, von allen Martern und Qualen, welche das Polenvolk von seinen russischen Unterdrückern zu erdulden hatte, wollte man in Paris gar nichts wissen. Polnische Schriftsteller und Künstler bezeichnete man dort oft als russische. Mancher Pole, welcher als russischer Untertan gegen Ende des Jahrhunderts nach Frankreich kam, hat es erlebt, daß die Franzosen es sehr oft gar nicht begreifen konnten, wie man ein russischer Untertan und doch kein Russe sein könne.

In England war die Erinnerung an die polnische Frage in den 1890er Jahren vielleicht etwas lebhafter als in Frankreich, und zwar nicht nur aus dem Grunde, weil die Engländer in ihrem politischen Denken gewöhnlich besser orientiert erscheinen als die Franzosen, aber auch deswegen, weil Rußland von England damals noch immer als ein gefährlicher Rivale in Asien und als ein Todfeind der Türkei betrachtet wurde. Englische Politiker konnten sich also noch nicht dazu entschließen, die berühmte „Palmerstonsche Kugel" gänzlich in die Rumpelkammer zu werfen.

Nun folgte in Deutschland dem Zeitalter Bismarcks, das Zeitalter des Kaisers Wilhelm II. Der schwedische Professor, Dr. Rudolf Kjellén, hat in seinem trefflichen und weitausschauenden Werke über „Die Großmächte der Gegenwart" diese beiden Zeitalter in folgender Weise vergleichend zusammengestellt:

„Die Bismarcksche Aera (bis 1890) ist eine organische Vorbereitung der Wilhelms II. Damals lag die Aufgabe der äußeren und inneren Sammlung vor. Das Zusammenfügen der einzelnen Bausteine zu einem deutschen Reichsgebäude

war ein Werk von so kraftanspannender und kraftverzehrender Art, daß nicht viel Energie für expansive Zwecke übrig bleiben konnte. Der Horizont Bismarcks war auf Europa beschränkt, sein Interesse nach dem Siege auf die Hebung der Armee und der Landwirtschaft begrenzt und seine Diplomatie auf Verteidigungsmaßregeln und Sicherung des bereits Gewonnenen gerichtet.... Aber die Kraft, die in dieser gesunden Konzentration gesammelt wurde, mußte schließlich auf Expansion bedacht sein. Das Werk des großen Staatengründers hatte Konsequenzen, die über seine eigenen Voraussetzungen hinausgingen: sie wiesen nach dem Meere, nach der Seemacht hin, nach großen Märkten und nach fernen Zielen für das größere Deutschland. Den Blick besessen zu haben, die Konsequenzen zu sehen und den Mut, an sie zu glauben, das ist der staatsmännische Einsatz Wilhelm II. in die Geschichte des Vaterlandes und der Welt."

Es ist von größtem, ich möchte sagen, von spannendstem Interesse, zu verfolgen, wie die Politik Kaiser Wilhelms II. allmählich der neuen welthistorischen Aufgaben Deutschlands sich bewußt wurde und wie infolge dessen das auf vielfache Familienbande der herrschenden Dynastien gestützte und durch langjährige Traditionen festgefügte Verhältnis Preußens und des Kaiserreiches sowohl zu Rußland als auch zu England sich stufenweise zu lockern begann, bis es einer grundstürzenden Umwandlung unterlag, um endgültig im furchtbarsten Kanonendonner zusammenzubrechen. Wahrlich! Die Generation, welche, — wie der Verfasser dieser Zeilen —, das reifere Mannesalter bereits überschritten hat, war Zeuge eines in seiner Bedeutung für die Menschheit und in seiner Großartigkeit einzig dastehenden welthistorischen Prozesses. Wenn man das in den letzten 25 Jahren Geschehene zusammenfassend überblickt und sich die Konsequenzen dessen für die Zukunft zu vergegenwärtigen versucht, so kann es in der Tat manchem im Kopfe schwindelig werden. Es ist auch kein Wunder, daß die öffentliche Meinung der Welt bis heute noch nicht darüber im Klaren ist, wie es möglich war, daß alles so gekommen ist, wie es kam, und daß auch manche Politiker und politische Schriftsteller es noch nicht imstande sind, über sich zu bringen, entsprechende Konsequenzen

aus dem, was vorgegangen ist und was jetzt vorgeht, zu ziehen. Es kann nicht meine Aufgabe sein, einzelne Phasen des gewaltigsten aller weltgeschichtlichen Entwicklungsprozesse, die überhaupt jemals stattgefunden haben, hier genau zu beschreiben; ich will nur das Wichtigste andeuten, um auf diesem Wege den Beweis zu erbringen, daß nach einer gänzlichen Umwertung aller bis nun geltenden politischen Werte, auch die polnische Frage in ein ganz neues Licht gerückt und alle in dieser Angelegenheit aus der Vergangenheit übernommenen und der Vergangenheit angehörenden Urteile, Vorurteile, Meinungen, Ueberzeugungen, Ansichten sowie auch Gefühle, mögen es solche der Sympathie oder Antipathie, der Geringschätzung oder der Ueberschätzung sein, einer gründlichen Revision unterzogen werden müssen.

Die Politik Kaiser Wilhelms II. bewegte sich anfänglich in einer von der Bismarckschen Tradition vorgezeichneten Richtung. Wohl wurde in der polnischen Frage ein Versuch gemacht, das Beispiel Oesterreichs nachzuahmen, er ist jedoch ohne Verschulden der polnischen Bevölkerung Preußens mißlungen. — Daß es so kommen mußte, ist nicht schwer zu begreifen. In Oesterreich standen vier Millionen Polen zehn Millionen Deutschen und einer Menge anderer, meistens slavischer Nationalitäten gegenüber. In Deutschland-Preußen standen vier Millionen Polen einem mächtigen, siegesbewußten und unlängst geeinigten Volke von beinahe 60 Millionen Seelen gegenüber. Allein diese Tatsache war nicht entscheidend. Ein mächtiges und fest geeinigtes deutsches Volk konnte ja leicht dem Bruchteile eines fremden Volkes eine gewisse Freiheit in der Pflege seines Volkstums gönnen, ohne selbst Gefahr zu laufen, von der kleinen Minderheit überwältigt zu werden. Die Gründe des Mißlingens des polenfreundlichen Versuches in Preußen sind anderswo zu suchen. Deutschland ist von der Ostseite nicht nur nicht im Besitze natürlicher Grenzen, sondern die dortigen Grenzverhältnisse tragen — infolge des auf dem Wiener Kongresse begangenen Fehlers, auf Grund dessen das Königreich Polen an Rußland ausgeliefert wurde — einen für Deutschland geradezu gefährlichen Charakter. „Gönnt man also — so dachte man in Deutschland — einem im Grenzgebiete angesiedelten fremden slavischen Volke die Möglichkeit einer freien Entwicklung seines Volks-

tums, so steigern sich hiedurch die Gefahren der Zukunft. Dem Keil in der Richtung Schlesiens gesellt sich noch ein zweiter in der Richtung gegen Berlin und Danzig. Zwischen Ostpreußen und die anderen reindeutschen Gebiete schiebt sich ein fremdes, einen starken Rückhalt im Osten und Süden besitzendes Volkselement. Sollte es nun jemals zu einem Zusammenstoß der slavischen Welt mit dem Germanentum unter wahrscheinlicher Führung Rußlands kommen, so wäre es leicht möglich, daß sich die Polen auf Seite ihrer slavischen Brüder schlagen und auf solche Weise einen tödlichen Stoß direkt ins Herz Deutschlands ermöglichen. Es darf also an der Ostgrenze keine Lücke gelassen werden. Oestliche Gebietsteile müssen von dem deutschen Elemente so stark durchsetzt werden, daß die Gefahr einer slavischen Invasion durch die aus Fahrlässigkeit oder aus Gefühlsrücksichten entstandene Lücke gänzlich beseitigt werde.

Das sind die Gedankengänge, von denen sich die maßgebenden Kreise im Schoße der preußisch-deutschen Regierung auch nach dem Sturze Bismarcks unzweifelhaft leiten ließen. Hiezu gesellte sich noch die Sorge um die Beziehungen zu Rußland, welche dem Kaiser Wilhelm II. sowohl aus Familienrücksichten als auch aus Gründen traditioneller Politik sehr am Herzen lagen. So geschah es, daß die von Caprivi inaugurierte polenfreundliche Politik Preußens recht bald in ihr Gegenteil umschlug. Eine heftige Agitation setzte an; der zurückgetretene Kanzler wurde zum großen Rufer im Streit; nationale Ungeduld fand ihren Ausdruck in der Gründung des Alldeutschen Verbandes. Allein der heftig entbrannte Kampf traf auch die Polen nicht unvorbereitet. Die preußische Regierung täuschte sich, wenn sie glaubte, daß sie es nur mit dem polnischen Adel zu tun haben werde. Sämtliche Schichten der polnischen Bevölkerung haben sich zur Abwehr zusammengetan, organisierten sich kulturell und wirtschaftlich, jeden Verlust an Grund und Boden trachtete man durch Ankauf neuen Bodens gut zu machen. Die Gegensätze prallten immer heftiger an einander, die Regierung griff zu immer radikaleren Mitteln, bis es endlich (1908) zum Enteignungsgesetze kam. Man kann nicht behaupten, daß die preußische Regierung das Ziel, das ihr in der Behandlung des Polentums vorschwebte, erreicht hätte. Das Land

wurde zwar mit einer Anzahl deutscher Kolonien bedeckt, allein die Widerstandskraft des polnischen Elementes wurde nicht nur nicht gebrochen, sondern im Gegenteil, sie steigerte sich noch. Das polnische Volkstum fand neue Stützpunkte in dem wiedererweckten nationalen Bewußtsein sowohl des oberschlesischen Volkes als auch der Kaschuben.

Im Allgemeinen also glaube ich mit Recht erklären zu dürfen, daß die preußische Politik den Polen gegenüber vielleicht für Rußland nützlich und angenehm sein konnte, für das Deutsche Reich war sie entbehrlich, da die Polen, wie es sich jetzt gezeigt hat, an der Ostgrenze des Reiches keine Gefahr für Deutschland darstellen. Es bliebe also nur die Rücksicht auf Rußland, als Motiv der preußischen Polenpolitik. Allein welch gewaltige Umwälzungen haben sich gerade in dieser Beziehung seit 20 Jahren vollzogen! Man wollte in der polnischen Frage sich Rußland gefällig erweisen. Eine derartige Politik war vom Bismarckschen Standpunkte verständlich, da Fürst Bismarck nur an ein in Europa mächtiges und einflußreiches Deutschland dachte, und von einer Weltpolitik gar nichts hören wollte. Sobald jedoch das geeinigte deutsche Volk den Willen und die Kraft in sich verspürte, nach einer Weltstellung zu streben und eines jener großen Völker zu werden, für deren Schaffensdrang enge Grenzen des eigenen Vaterlandes nicht ausreichen, da sie zu ihrer Betätigung, sei es auf wirtschaftlichem, sei es auf verschiedenen kulturellen Gebieten, — weiter, um die ganze Erdkugel verbreiteter Wege und Länder bedürfen —, in einem solchen Falle mußte sich mit Naturnotwendigkeit das Verhältnis zu Rußland ändern. Für Deutschland blieb nur die Wahl zwischen zwei Möglichkeiten übrig: Entweder mit Rücksicht auf die Solidarität in der polnischen Frage die Freundschaft mit Rußland zu pflegen, auf eine Weltstellung zu verzichten und eine Macht zweiten Ranges für immer zu bleiben — oder sich zu einer weltumspannenden und die Weltverhältnisse mitbestimmenden Macht emporzuschwingen, sogar auf die Gefahr, mit russischen Interessen in einen Gegensatz zu geraten.

Eigentlich hatte schon Fürst Bismarck für

Deutschland den zweiten Weg vorgezeichnet, indem er auf dem Berliner Kongresse (1878) die Ansprüche Rußlands stark beschränkte und ein Jahr später ein Bündnis mit Oesterreich-Ungarn abschloß. Fürst Bismarck hatte demnach die Türe für die weitere Machtentwicklung Deutschlands offen gelassen. Wenn also die Politik Kaiser Wilhelms II. durch diese Türe in die große Welt hereintrat, so war das nur eine kühne und großzügige Fortsetzung des bereits vom genialen Vorgänger vielleicht nicht gewollten, aber doch vorbereiteten Werkes.

Die großartige wirtschaftliche und industrielle Entwicklung Deutschlands, die Freimachung einer gewaltigen Summe von geistigen Energien, die sich im Schoße des deutschen Volkes seit langem angesammelt hatten, drängten mit elementarer Gewalt zu einer kraftvollen Betätigung nach außen auf weiten Meeren und in fremden Ländern. Eine innere mit rein landwirtschaftlichem Charakter ausgestattete Kolonisation kleiner Grenzgebiete konnte das deutsche Volk unmöglich befriedigen. Der Deutsche wollte in die Welt ziehen ohne jedoch seines Volkstums und seiner Staatsangehörigkeit entsagen zu müssen, ohne sich auf fremdem Boden zu fühlen. Es entsprach der Macht und der Bedeutung Deutschlands, wenn es die Forderung aufstellte, daß der deutsche Name überall in der Welt mit Ehrfurcht genannt werde, daß das deutsche rasch anwachsende Kapital und das deutsche Können in allen Zonen Möglichkeit selbständiger Betätigung und volle Sicherheit finde. Kann ein Engländer sich überall wie zu Hause fühlen, kann ein Russe unendlich weite Strecken durchqueren, ohne das eigene Grenzgebiet zu verlassen, warum sollte das einem Deutschen versagt sein? Allein in der Zeit, in welcher Deutschland den Entschluß faßte, in die Reihe der Weltmächte einzutreten, war die Erde bereits verteilt. Das Beste war bereits im Besitze der Engländer, der Franzosen, der Russen und anderer kleinerer Staaten. Was noch auf der Erdkugel übrigblieb, darnach streckten ihre gierigen Hände die niemals satten Engländer, die von den großen Meeren abgeschnittenen Russen, die Franzosen und zuletzt auch noch die Vereinigten Staaten von Nordamerika und die Japaner.

Was war aber das, was übrig blieb? Es war dies: 1. das unermeßlich große, von der Natur reich versorgte, aber ohnmächtige China; 2. Teile von Afrika; 3. Vorderasien, die Wiege aller menschlichen Kultur.

In Afrika hat man zwar Deutschland zerrissene Länderbrocken zugestanden. Das konnte jedoch deutsche Bedürfnisse unmöglich befriedigen. Die deutsche Weltpolitik richtete demnach ihr Augenmerk einerseits auf den fernen Osten, das ist auf China, anderseits auf den näheren Osten, das ist auf die Türkei und Persien. In China hat Deutschland zwar eine blühende Kolonie in Kiao-Tschau begründet, allein eine freie und selbständige Betätigung war dort durch fremde Konkurrenzen zu sehr beschränkt. Es blieb also nur Afrika und Vorderasien. In Afrika mußte die deutsche Kolonialpolitik den Zusammenschluß größerer Ländergebiete erstreben, da stieß sie aber auf den Widerstand Englands und Frankreichs. In Vorderasien hatte sie es auf eine Wiederbelebung und Stärkung der Türkei und der mohammedanischen Welt überhaupt abgesehen, wodurch sich dem deutschen Genius unabsehbare Perspektiven für die Zukunft eröffneten. Allein dort stritten bereits um die Beute Rußland und England. Hat also Deutschland den festen Vorsatz gefaßt, in seiner Politik der Türkei gegenüber auszuharren, so mußte daraus mit kategorischer Notwendigkeit ein Zusammenstoß mit Rußland und mit England sich ergeben.

Nun sehen wir, wie sich dieses gewaltige Drama allmählich vorbereitete. Noch in das Jahr 1889 fällt die erste Reise Kaiser Wilhelms II. nach Konstantinopel. Ihr folgte die zweite im Jahre 1898, gekrönt mit der berühmten Rede des Kaisers am Grabe Saladins. Ein Jahr später erfolgt die provisorische und im Jahre 1902 die endgültige Konzessionierung der Bagdadbahn. Zwei Jahre später einigen sich England und Rußland zu Schaden Deutschlands über ihre Interessenkreise in Kleinasien und in Persien. Im Jahre 1907 wird der Einkreisungsversuch Deutschlands durch England unternommen. Im Jahre 1908 kommt es zu der Zusammenkunft in Reval, die Tripelentente ist fertig. In der Annexionskrise des Jahres 1909 tritt Deutschland entschieden gegen Rußland auf. Nach einer kurzen Entspannung im Jahre 1911 wirft nun Deutschland

im Jahre 1913 Rußland den Fehdehandschuh hin, indem es erklärt, daß der Einmarsch russischer Truppen in Armenien als casus belli betrachtet werden würde. Einige Wochen vor dem Ausbruch des Krieges erklärt der russische Professor Mitrofanoff in einem offenen Briefe Professor Delbrück ganz unumwunden, daß der Weg nach Konstantinopel für Rußland über Berlin führt.

Ich glaube mich von der Wahrheit nicht allzuweit zu entfernen, wenn ich behaupte, daß der gegenwärtig tobende Weltkrieg — abgesehen davon, daß in ihm die heiligsten nationalen, kulturellen und staatlichen Güter von Deutschland und Oesterreich-Ungarn verteidigt werden — hauptsächlich wegen Vorderasien geführt wird. Die Kulturmission in der Türkei und im ganzen westlichen Asien bis zum persischen Meerbusen das ist das große Ziel, welches für Deutschland die Entwicklungsfrage zu einer Weltmacht bedeutet. Diesem Ziele zuliebe sah sich Preußen genötigt, die anderthalb Jahrhunderte (seit 1762) dauernde Freundschaft mit Rußland zu opfern und die Solidarität in der polnischen Frage preiszugeben. Von der deutschen Kaiserdynastie mußten bei dieser Gelegenheit die zartesten Familienbande zerrissen werden. Alle anderen Kriegsziele, und zwar die Sicherung eigener Küsten und der Seewege sowohl für den deutschen Handel als auch für die deutsche Kolonisation, sowie die Sicherung der West- und Ostgrenzen des Reiches, verknüpfen sich organisch mit dem oben genannten Hauptziel zu einer Einheit.

Welche Rolle nun diesen gewaltigsten Aufgaben gegenüber, die sich überhaupt jemals ein großes Volk vorgezeichnet hat, der polnischen Frage zufällt, darüber will ich im Weiteren sprechen. Früher jedoch werden vielleicht noch einige Bemerkungen über Oesterreich-Ungarn, über sein Verhältnis zu Rußland wie es sich in den letzten 25 Jahren gestaltet hat, sowie über das Verhältnis der Monarchie in derselben Zeit, zu der polnischen und zu den Balkanfragen am Platze sein. —

IV.

In den Zeitraum zwischen 1895 bis 1898 fällt der Höhepunkt des polnischen Einflusses in der österreichisch-ungarischen Monarchie. Im Jahre 1895 wurde ein Pole, Graf Agenor Gołuchowski, zum gemeinsamen Minister des Aeußern und des kaiserlichen Hauses ernannt. Bald nachher übernahm der Statthalter von Galizien, Graf Kasimir Badeni, in der diesseitigen Reichshälfte die Stelle eines Ministerpräsidenten und Ministers des Innern, gleichzeitig wurde Herr v. Biliński Finanzminister. Wie daraus zu ersehen ist, überging die Leitung sowohl der gemeinsamen äußeren Politik, als auch der wichtigsten Gebiete der inneren in einem der beiden Staaten der Monarchie in die Hände der Polen, während der Polenklub zur führenden Partei im parlamentarischen Leben Oesterreichs sich erhob. Bedürfte es nun eines Beweises, daß die Politik der Polen gar nicht darnach eingerichtet war, den Zusammenstoß der Monarchie mit Rußland herbeizuführen, daß sie im Gegenteile sowohl im Interesse Oesterreich-Ungarns, als auch des eigenen Volkes sich alle Mühe gab, die Gegensätze zu lindern und Reibungsflächen zwischen den beiden Reichen womöglich zu veringern, so könnten gerade diese Zeiten des mächtigsten polnischen Einflusses einen solchen Beweis erbringen. Weder polnische Staatsmänner noch polnische Parlamentarier dachten daran, die Abrechnung mit Rußland zu beschleunigen. Sie wußten sehr gut, daß es einmal dazu kommen muß, sie waren also nur darauf bedacht, sowohl die Monarchie als auch das eigene Land und Volk derart zu stärken, daß sie den künftigen Gefahren gewachsen erscheinen

Auf Betreiben des Grafen Gołuchowski kam im Jahre 1897 die Uebereinkunft von Mürzsteg zustande, welcher eine bedeutende Entspannung in den Beziehungen zwischen Rußland und Oester-

reich-Ungarn folgte. Die beiderseitigen Interessenkreise wurden abgegrenzt. Rußland anerkannte die berechtigten Interessen der Monarchie auf dem westlichen Balkan bis Saloniki, während Oesterreich-Ungarn im Osten Rußland freie Hand ließ. In Mazedonien wurde gemeinsames, einträchtiges Vorgehen zum Zwecke der Herbeiführung von Reformen verabredet. Wenn alle diese schönen Vorsätze keine Früchte zeitigten, so trifft die Schuld wahrhaftig nicht Oesterreich-Ungarn. Es liegt jetzt klar auf der Hand, daß Rußland im Ernste gar nicht daran dachte, Ordnung auf der Balkanhalbinsel zu schaffen und die dortige friedliche Politik der Monarchie zu unterstützen. Das nordische Kaiserreich, das sich damals mit weitreichenden Plänen in Ostasien trug, wollte sich nur an seinen westlichen und südwestlichen Grenzen Ruhe und Frieden sichern. Das ungeduldige Rußland konnte jedoch gar nicht den Konflikt mit Japan abwarten. Bereits sechs Jahre nach der Mürzsteger Zusammenkunft kam es, dank der heimlichen Unterstützung Rußlands, zu einem für Oesterreich-Ungarn sehr ungünstigen Umsturz in Serbien. Die österreichfreundliche Dynastie der Obrenovič wurde durch Mord beseitigt, auf den Thron kamen gefügige Werkzeuge Rußlands, die Karageorgewič. Daß Oesterreich-Ungarns Politik auch diesen höchst ungünstigen Wechsel der Umstände in Serbien über sich geduldig ergehen ließ, beweist am besten, bis zu welchem Grade diese Politik von Friedensbestrebungen durchdrungen war, wie sehr es ihr daran gelegen war, die Eintracht mit Rußland zu erhalten. Weitere höchst markante und beredte Beweise ihrer friedfertigen Gesinnung Rußland gegenüber erbrachte die Monarchie in den Jahren 1904 und 1905. Das Riesenreich Kaiser Nikolaus II. verwickelte sich mutwillig in einen Krieg mit Japan, in welchem es sowohl zu Lande als auch auf dem Meere furchtbare Niederlagen erlitt. Im Innern drohte der Ausbruch einer Revolution. Damals nun bot sich eine wunderbare Gelegenheit mit Rußland abzurechnen. Aus reiner Friedensliebe hat Oesterreich-Ungarn diese Gelegenheit unbenützt verstreichen lassen, hat sich Rußland gegenüber auf eine wahrhaft ritterliche Weise benommen, immer in der Hoffnung, daß die maßgebenden russischen Regierungskreise und das russische Volk doch endlich einmal

zur Besinnung kommen werden und, daß sie nach überstandenen Prüfungen, anstatt an Eroberungen zu denken, sich gänzlich der inneren Entwicklung des unermeßlichen Reiches widmen werden. Leider erlebte man nur neue Enttäuschungen. Rußland ist ein in seinem Innern durch und durch kranker und morscher Organismus. Der dortige bürokratische, auf Mord und Bestechung gegründete Absolutismus kann sich nur erhalten, indem er die Aufmerksamkeit aller gesellschaftlichen Kreise von den furchtbaren inneren Mißständen nach Außen ablenkt und der nie satten Bürokratie immer neue Opfer zur Aussaugung hinwirft. So wie es dem russischen Bauer nie in den Sinn kommt, seine wirtschaftliche Lage durch einen intensiveren und rationellen Landbau zu verbessern, und er nur nach der extensiven Vergrößerung seines Grundbesitzes lechzt, immer nur auf Gewinnung von neuem Grund und Boden sinnt, genau dasselbe befolgt seit Jahrhunderten auch die russische Politik. Haben die Russen durch List und Verrat vier Fünftel Polens an sich gerissen, haben sie Finnland und den Kaukasus überwältigt, Zentralasien in Besitz genommen, das alles reicht ihnen nicht aus. Es erübrigen noch Reste des ehemaligen Polens, es erübrigt noch Vorderasien und der Balkan, es gibt noch slavische Völker, die entweder selbständige Staaten bilden oder unter dem Habsburgischen Szepter sich frei entwickeln können. Das alles muß russisch werden! Würde es aber dem russischen Magen auch gelingen, alle diese Opfer zu verdauen, dann käme die Reihe an Schweden, Norwegen, Deutschland, China und so weiter, bis endlich alle Völker vom Stillen zum Atlantischen Ozean unter die Herrschaft der Knute gelangen.

Es sind Ideen und Bestrebungen eines Tamerlan und Tschingiskhan, welche sich Rußland, als Erbe jener mongolischen Welteroberer, zu eigen gemacht hat. Es ist auch eine Frage, ob die alles überwuchernde russische Bürokratie, die sich aus den Reihen der Popenfamilien ergänzt und in wahrhaft erschreckender Weise anwächst, falls es ihr auch gelänge, ganz Asien und Europa unter ihre Herrschaft zu bringen, damit sich zufriedenstellen würde, ob die weite russische Natur (szirokaja russkaja natura) dadurch gesättigt wäre. Es muß auch bemerkt werden, daß seit 200 Jahren alle russischen Bestrebungen darnach ge-

richtet sind, zu einem offenen Meere zu gelangen. Nun in dieser Beziehung eröffnen sich Rußland nur vier Möglichkeiten: Der Atlantische Ozean, — dort ist der Weg durch Schweden und Norwegen versperrt; der Stille Ozean, — dort hat sich Japan bereits festgesetzt und Rußland bei Seite geschoben; der Indische Ozean mit dem Persischen Meerbusen, — dort mußte Rußland dem britischen Löwen den Platz räumen. Es bleibt also nur das Mittelländische Meer übrig. Allein, um dorthin zu gelangen, muß sich Rußland in Konstantinopel und an den Dardanellen festsetzen, was wiederum nur nach Zertrümmerung der Türkei und der österreichisch-ungarischen Monarchie verwirklicht werden könnte.

Die Niederlage Rußlands in Ostasien muß als eine für den Frieden Europas und für die Sicherheit Oesterreich-Ungarns sehr ungünstige und unwillkommene historische Begebenheit betrachtet werden.

Rußland, vom Stillen Ozean zurückgestoßen, wandte sich mit Eifer seinen Vorderasiatischen und panslavistischen Plänen zu. Dies geschah mit umso größerer Hast, je mehr man bestrebt war, die innere Gefahr, die dem Zarentume drohte, mit Hilfe auswärtiger Probleme abzuwenden. Stołypins ganze politische Kunst bestand darin, im Innern den reaktionären Nationalismus womöglich zu stärken, nach Außen dagegen eine energische und skrupellose Propaganda zugunsten des Panslavismus auf der Balkanhalbinsel und in Oesterreich-Ungarn anzubahnen. Einer solchen Politik zum Opfer fielen zuerst die Polen, dann die Finnländer. Den Polen hat die russische Regierung, nach dem Staatsstreiche vom Jahre 1907, ihre Vertretung in der Duma um zwei Drittel gekürzt. In Litauen, in Weißruthenien, in Volhynien und Podolien wurden die Eigentumsrechte der polnischen Grundbesitzer abermals stark beschränkt und ihr Anteil an der Provinzialselbstverwaltung beinahe auf Null reduziert. Um endlich den Polen noch einen letzten, am meisten schmerzhaften Stoß zu versetzen, ist man an die Ausscheidung des Chełmer Landes aus dem Verbande des Königreiches Polen, — das von nun an offiziell als „Weichselland" bezeichnet wird (priwislanskij kraj) — geschritten. In solcher Weise offenbarte sich in Polen die slavische Brüderlichkeit.

Nicht genug damit! Ein Raubtier nachahmend, das vor der Erwürgung mit seinem Opfer spielt, köderte die russische Regierung Polen mit Hilfe des Neoslavismus, sowie durch Versprechungen einer städtischen Selbstverwaltung. Daß die slavische Verbrüderung eine reine Komödie gewesen und, daß man in Petersburg an Einführung einer Selbstverwaltung im Königreiche Polen niemals im Ernste dachte, darüber braucht man nicht viel Worte zu verlieren. In solcher Weise verschlimmerte sich die Lage der Polen in Rußland von Jahr zu Jahr. Die Polen, welche lange Zeit glaubten, nur die russische Bürokratie gegen sich zu haben, überzeugten sich bald nach der Einführung der sogenannten russischen „Konstitution", daß sie auch die große Mehrheit des russischen Volkes zu ihren unerbittlichen Feinden zählen müssen. Mit jedem Sitzungsabschnitte der russischen sogenannten „gesetzgebenden" Körperschaften schwand immer mehr jeder Hoffnungsschimmer auf eine ruhige und durch keine Ausnahmsgesetze geknebelte Entwickelung des polnischen Volkes unter russischer Oberherrschaft.

Gleichmäßig mit der Verschlimmerung der Lage der Polen in Rußland ging Schritt für Schritt auch die Verschlimmerung der Beziehungen des nordischen Kaiserreiches zu Oesterreich-Ungarn. Allein es wäre ein großer Irrtum zu behaupten, daß es die polnische Frage war, welche daran die Schuld trägt. Von der polnischen, als einer internationalen europäischen Frage, war es durchaus stille geworden; sie sank gänzlich zu einer rein inneren Frage einer jeden der Teilungsmächte herab. Es mag noch hinzugefügt werden, daß auch die Stellung der Polen in der österreichisch-ungarischen Monarchie im ersten Dezennium des neuen Jahrhundertes sehr viel von ihrer früheren Bedeutung einbüßte. Warum das so gekommen ist, darüber will ich mich hier nicht verbreiten. Ich bemerke nur ganz kurz, daß die Ursachen dieser Erscheinung 1. im Niedergange des Parlamentarismus in der diesseitigen Hälfte der Monarchie; 2. im Ausbruche heftiger Parteizwistigkeiten unter den Polen selbst und 3. im Emporkommen, oder eigentlich im Ueberschätzen der sogenannten ukrainischen Bewegung zu suchen sind.

Ich wiederhole also: Nicht die polnische Frage trägt die Schuld, daß sich die Beziehungen Rußlands zu Oesterreich-Ungarn nach dem Jahre 1907 in so gefahrdrohender Weise zu ändern begannen. Die Schuld trifft auch nicht die Monarchie, deren Friedensliebe und Geduld bis zum Aeußersten gingen. Die Schuld liegt einzig und allein auf Seite Rußlands. Das ist ein Axiom, an dem gar nicht gerüttelt werden kann, da es auf sonnenklaren Tatsachen beruht. Allein wiewohl die polnische Frage keine unmittelbare Veranlassung zu dem gegenwärtigen Zusammenstoße zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland gab, so muß sie doch als eine tiefer im geschichtlichen Grunde liegende mittelbare Ursache dieses Zusammenstoßes betrachtet werden. Hier ergibt sich für jeden denkenden Beobachter ein gewisser Parallelismus zwischen dem Schicksale Polens und den Schicksalen der Monarchie.

Rußlands Vormarsch gegen Europa konnte nur auf Kosten Polens erfolgen. Polens Unabhängigkeit wurde zertrümmert, da nur auf diesem Wege Rußland, trotz seines byzantinisch-asiatischen Charakters in die Reihe europäischer Mächte eintreten konnte. Es gehört jedoch nur äußerlich zu Europa, im Grunde genommen, ist Rußland der größte Feind aller europäischen Kultur. Da nun Polen infolge seiner tausendjährigen Zugehörigkeit zur westeuropäisch-christlichen Kultur auf allen Gebieten des sozialen Lebens unendlich höher stand als Rußland, so konnte es leicht geschehen, daß nach Einverleibung Polens das kulturell höhere Element die Oberhand gewinne, so daß der Sieger zum Besiegten werde. Daß solche Möglichkeiten wirklich bestanden, das beweist am besten die Regierungszeit Kaiser Alexanders I. Um nun seine Ueberlegenheit aufrechtzuerhalten, unternahm das Russentum gegen das Polentum einen Kampf auf Leben und Tod, welcher eigentlich nichts anderes bedeutet, als einen Kampf gegen alles Westeuropäische. Je selbstbewußter sich Rußland in seiner nationalen Eigenart fühlte, desto ärger gestaltete sich die Lage der Polen. Von einer Versöhnung der Gegensätze konnte hier absolut keine Rede sein.

Infolge der Teilung Polens wurde nun Rußland zum Grenznachbarn der österreichisch-ungarischen Monarchie,

welche ebenso wie ehemals Polen den reinsten Gegensatz zu Rußland darstellt. Oesterreich-Ungarn ist, — wie es auch Polen war — nach allen seinen Traditionen eine westeuropäische Macht; Rußlands Vergangenheit weist nach Asien und nach Byzanz. In Oesterreich-Ungarn überwiegt das katholischen Element; Rußlands Grundlage bildet eine von dem griechischen Schisma herstammende sogenannte „orthodoxe" Staatsreligion, welche in einen Cäsaro-Papismus ausläuft. Oesterreich-Ungarn wird seit einem halben Jahrhunderte freiheitlich und parlamentarisch regiert, jedes Volk kann hier seine Eigenart frei entwickeln; in Rußland herrscht, trotz der unlängst eingeführten Pseudokonstitution, ein bürokratischer Absolutismus, vermischt mit echt mongolischem Nivellierungstriebe. War nun Polen für Rußland ein Hindernis auf dem Wege zur Unterjochung Europas, so bildet jetzt für dasselbe Rußland Oesterreich-Ungarn ebenfalls ein solches Hindernis. Auf dem Wege nach dem Westen und nach Konstantinopel mußte vor allem Polen beseitigt werden, jetzt kommt die Reihe an Oesterreich-Ungarn. Also nicht die polnische Frage war unmittelbar Ursache des gegenwärtigen Krieges, diese Ursache ist jedoch mit dem Schicksale Polens aufs engste verknüpft und liegt in der Existenz selbst der Monarchie. Wie Polen und Rußland neben einander nicht bestehen konnten, so läßt sich dasselbe von Oesterreich-Ungarn und von Rußland behaupten. Die öffentliche Meinung Oesterreich-Ungarns sollte nun darüber ganz im Klaren sein, daß der gegenwärtig tobende Krieg mit Rußland kein Krieg ist, nach der Art z. B. des italienischen vom Jahre 1859, wo es sich um Losreißung zweier Provinzen handelte, oder nach der Art des preußischen Krieges vom Jahre 1866, wo es sich bloß um Ausscheidung der Habsburgischen Monarchie aus dem deutschen Bunde handelte. Das ist ein Krieg um die Existenz, um das Sein oder Nichtsein.

Die habsburgische Dynastie hat, wie bekannt, das Erbe der Jagiellonen übernommen. (Die böhmische und die ungarische Krone.) Mit dem Erbe war aber auch die sogenannte jagiellonische Idee aufs innigste verbunden. Worin bestand nun diese Idee? Sie bestand in dem zielbewußten Streben, sämtliche kleinere Völkerschaf-

ten und Staatsgebilde des östlichen, südlichen und südöstlichen Europa unter dem Szepter einer Dynastie zu vereinigen, und zwar zu dem Zwecke, um desto energischer allen von den eroberungssüchtigen Völkern Asiens—Europa drohenden Gefahren Stand zu halten und den Einfluß der westeuropäischen christlichen Kultur im Osten sichern zu können. Zur Zeit der Jagiellonen waren es die Türken, welche für Europa eine furchtbare Gefahr darstellten. Damals handelte es sich nun um Abwendung des Türkenjoches von Europa. Allein die polnischen Könige, aus der Familie der Jagiellonen, haben bereits auch noch eine andere Gefahr geahnt und gegen diese angekämpft. Es war dies die Gefahr des Moskowitertums. Nun konnte die jagiellonische Dynastie ihre hohen Aufgaben nur zum Teile und nur zeitweise verwirklichen. Verschiedene widerliche Umstände, sowohl innerer als auch äußerer Natur, verhinderten die Realisierung des großen Gedankens. Der Gedanke blieb jedoch und mit den aussterbenden Jagiellonen überging er mit ihrer Erbschaft auf das Haus Habsburg. Es ist höchst merkwürdig und interessant zu beobachten, wie in der geschichtlichen Entwicklung der Menschheit manchmal gewisse Notwendigkeiten mit einer solchen Kraft und Zähigkeit hervortreten, daß sie sich durch keine Hindernisse, durch keine Nebenumstände wegräumen lassen. Die Ungunst der Verhältnisse sowie verschiedene Zufälligkeiten, können die Verwirklichung einer solchen geschichtlichen Notwendigkeit verzögern. Die Notwendigkeit bleibt aber bestehen, sie kehrt zurück, sie wirkt, sie wird bei jeder Gelegenheit fühlbar, bis sie endlich zur Wirklichkeit wird. Falls aber diejenigen Faktoren, denen die Realisierung einer solchen geschichtlichen Aufgabe zufällt, diese ihre Mission weder zu begreifen noch zu erfüllen in der Lage sind, dann droht ihnen die Vernichtung. Das Rad der Weltgeschichte zermalmt sie unerbittlich. „Gottes Mühlen mahlen langsam, aber gründlich" — besagt ein altes Sprichwort.

Das Haus Habsburg hat die jagiellonische Idee übernommen und im Laufe der Jahrhunderte, trotz gewaltiger Hindernisse und Gefahren, ihre Verwirklichung bedeutend gefördert. Vor allem hat der habsburgische

Staatenbund in Verbindung mit Polen die Türkengefahr von Europa abgewendet. Die heilige Stephanskrone wurde für unterjochte Balkanvölker, denen gänzliche Ausrottung drohte, zum sicheren Hort und zur Wiege ihrer Wiedergeburt. (Das sollten sich die Serbo-Kroaten, die Rumänen und auch die Bulgaren gut merken.) Nun hat die Türkengefahr aufgehört zu existieren. Allein ihren Platz hat eine andere, viel gräßlichere und von den polnischen Jagiellonen ebenfalls bekämpfte Gefahr eingenommen, das ist die Gefahr des Panslavismus unter Führung des Moskowitertums. Um dieser Gefahr vorzubeugen, gibt es nur ein Mittel: die endgültige allseitige Realisierung der jagiellonischen Idee. Das muß durch den gegenwärtigen Krieg geschehen. Es gibt keinen anderen Ausweg: Entweder wird Osteuropa bis zur Oder und Südosteuropa über die Donau bis zum Bosporus moskowitisch, oder die jagiellonische Idee wird unter Führung des Hauses Habsburg, ihrem vollen Umfange nach, verwirklicht.

Das ist das große Dilemma, über welches jetzt auf den Schlachtfeldern, die sich vom Baltischen bis zum Adriatischen Meere und bis zu den östlichen Karpathen hinziehen, die Entscheidung fallen wird.

Es könnte nur noch die Frage aufgeworfen werden, ob die jagiellonische Idee zu den Interessen Deutschlands nicht in irgendwelchem Widerspruche steht?

Darauf kann man folgendes antworten:

Die Geschichte belehrt uns, daß die Jagiellonenkönige ihre Pläne im engsten Anschlusse an das damalige Deutsche Reich zu verwirklichen trachteten. Der bedeutendste aller Jagiellonen, Kasimir, der zweite Sohn Ladislaus Jagiełłos, hat sich mit einer Habsburgerin verehelicht, mit der klugen und charakterfesten Elisabeth, einer der prachtvollsten Frauengestalten des XV. Jahrhunderts. Der Wiener Kongreß vom Jahre 1515 hat einen innigen Zusammenschluß der beiden Herrscherhäuser zustande gebracht. Man begriff es schon damals, daß die Einigung von Ost- und Südosteuropa nur im engsten Anschlusse an Deutschland möglich sei. So lange das Haus Habsburg mit einem Fuße in Deutschland, mit dem anderen im Südosten

Europas stand, so lange konnte es weder auf dem einen noch auf dem anderen Gebiete mit vollem Erfolg durchdringen. Seit einem halben Jahrhunderte haben sich jedoch die Verhältnisse geändert. Oesterreich-Ungarn konnte ungehindert durch Nebeninteressen sich gänzlich seinen eigentlichen Aufgaben widmen. Die Führung in dem wiedererstandenen Deutschen Reiche übernahm das Haus Hohenzollern. Die unabwendbare geschichtliche Notwendigkeit brachte es nun mit sich, daß jetzt nach vierhundert Jahren das Verhältnis der Jagiellonen und der Habsburger, im Verhältnisse der Habsburger und der Hohenzollern von neuem auflebt, wobei die frühere Rolle der Nachkommen Jagiełłos dem Hause Habsburg-Lothringen, dagegen die der Nachkommen des Kaisers Maximilian I. dem Hause Hohenzollern zufällt. Die Namen der herrschenden Dynastien haben sich geändert, die Rollen gewechselt, allein die großen geschichtlichen Aufgaben blieben dieselben. Ein mächtiges „Oesterreich" in voller Bedeutung des Wortes, kann nur unter Mitwirkung Deutschlands und im engsten Anschlusse an Deutschland entstehen und sich dauernd erhalten. Ein solches Oesterreich ist eine Notwendigkeit für Deutschland, sowie andererseits ein mächtiges Deutsches Reich eine Notwendigkeit für Osteuropa ist, soll es nicht moskowitisch werden. Welche Kraft einer derartigen Gruppierung inneliegen würde, das kann man schon aus dem jetzigen Kriege ersehen. Wiewohl die jagiellonische Idee noch nicht in vollem Umfange verwirklicht erscheint, so sehen wir doch die beiden Zentralmächte Europas mit Erfolg gegen eine Welt von Feinden kämpfen. Umsonst versuchen moskowitische Scharen, unterstützt durch westliche Eifer- und Rachsucht Europa zu überfluten. An den Karpathen, an den masurischen Seen stellt sich ihnen ein unübersteigbarer Wall entgegen. Um wie viel stärker und unüberwindlicher wird dieser Wall noch werden, sobald die jagiellonische Idee voll und ganz ausgestaltet wird.

V.

Im Vorhergehenden habe ich den Versuch unternommen, die Schicksale der polnischen Frage bis zum Ausbruche des gegenwärtigen Weltkrieges in allgemeinsten Umrissen darzustellen. Aus dieser, wiewohl der Kürze wegen ziemlich oberflächlichen Darstellung, ist zu ersehen, daß diese Frage, welche um die Mitte des XIX. Jahrhunderts die Rolle einer höchst wichtigen europäischen spielte, in den letzten Dezennien jenes Jahrhunderts von der Tagesordnung der Diplomatie verschwand und zu einer rein inneren Angelegenheit der Teilungsmächte herabsank. Die Bemühungen des Fürsten Bismarck waren von Erfolg gekrönt. Durch das Bündnis mit Oesterreich-Ungarn einerseits und durch Pflege freundnachbarlicher Beziehungen zu Rußland anderseits, ist es dem ersten deutschen Kanzler gelungen, die polnische Frage in den Hintergrund zu drängen. Behilflich war ihm hierbei auch das im Grunde gegen Deutschland abgeschlossene Bündnis Rußlands mit Frankreich. Seit der Zeit tauchte die polnische Frage höchstens nur hie und da in mehr oder weniger sentimentalen Zeitungsartikeln der westeuropäischen Presse auf. Man bedauerte das tragische Schicksal der polnischen Nation und verbreitete sich meistens über die den Polen in Preußen zuteil gewordene Behandlung, während über alles, was in Rußland geschah, in den einflußreichsten Organen der öffentlichen Meinung Europas beredtes Stillschweigen beobachtet wurde. Allein es war wohl möglich, die Frage aus den diplomatischen Kabinetten und sogar aus den Spalten bedeutendster Zeitungen zu verdrängen, sie jedoch gänzlich aus der Welt zu schaffen, — das war Sache der Unmöglichkeit. Kein geringerer als Fürst Bismarck war sich darüber ganz im Klaren. Bei mancher Gelegenheit hat er dies hervorgehoben und betont, daß, sobald es einmal zu einer Auseinandersetzung zwischen den Teilungsmächten kommen sollte, die

polnische Frage sofort auf der Oberfläche wird erscheinen müssen. Nunmehr genau sechzehn Jahre nach dem Hinscheiden des großen Staatsmannes (Fürst Bismarck starb am 30. Juli 1898) ist es wirklich zu einer solchen Auseinandersetzung gekommen. Und siehe da, sofort hat auch das damit aufs innigste verknüpfte Problem seine Auferstehung angemeldet.

Es konnte auch nicht anders sein! Abgesehen von der politisch-diplomatischen und staatsrechtlichen Seite der Frage, blieb ja doch ein großes und trotz der Teilungen einheitliches Kulturvolk von über zwanzig Millionen Seelen bestehen. Ein Volk, das seit Urzeiten auf weiten Länderstrecken ansässig ist, welches jetzt Grenzgebiete zwischen den Teilungsmächten bildet. Sollte es nun einmal zu einem Kriege zwischen diesen Mächten kommen, so kann er nur auf dem polnischen Boden ausgefochten werden. Mag dieser Krieg so oder so ausfallen, mag er den verbündeten Zentralmächten oder Rußland den Sieg bringen, so muß mit den Ländern, wo er getobt hat und mit der furchtbar geprüften Bevölkerung etwas geschehen. Es wäre doch ein reiner Unsinn, anzunehmen, daß nach dem Kriege alles beim alten bleiben werde. Hunderttausende von Menschenleben, Milliarden von Werten zu opfern, ohne irgend welche feste Bürgschaften für ferne Zukunft zu erlangen, nur zu dem Zwecke, damit der Tanz nach mehreren Jahren von neuem beginne, — ein solcher Kriegsabschluß wäre nicht bloß eine unerhörte Torheit, er wäre ein furchtbares an der Menschheit, an der Kultur begangenes Verbrechen.

Jetzt erst beim Ausbruch des Krieges hat es sich zur Evidenz gezeigt, welch ein gewaltiger Fehler durch Zulassung der Teilung Polens begangen wurde. Betrachtet man die Sache, sei es vom russischen, sei es vom österreichischen oder preußischen Standpunkte, so war die Teilung immer ein Fehler. Wollte Rußland sein Uebergewicht in Europa dauernd begründen, so konnte dies nur im Wege der Einverleibung und Vereinigung des ganzen polnischen Reiches geschehen. Vom preußischen oder vom österreichischen Standpunkte war es wiederum angezeigt, die Erblichkeit des polnischen Thrones. — so wie dies in der Konstitution des 3. Mai 1791 auch wirklich geschehen ist — durchzusetzen und

diesen Thron mit einem Mitgliede der Hohenzollern- oder Habsburger-Dynastie zu besetzen, um auf solche Art und Weise Polen dauernd zu binden und für sich zu gewinnen. Der Gedanke des großen Kurfürsten, die Krone der Jagiellonen auf sein Haupt zu setzen, kann vom dynastisch-preußischen Standpunkte als eine weitausschauende und großangelegte Politik bezeichnet werden. Es ist auch aus verschiedenen, die Teilung Polens betreffenden geschichtlichen Dokumenten bekannt, daß die Teilungsmächte darüber ziemlich im Klaren waren, wie eine Lösung der polnischen Frage zum größten Nutzen einer jeden von ihnen erfolgen sollte. Da es jedoch infolge gegenseitiger Rivalitäten keiner von ihnen für möglich schien, ihre Pläne ganz und voll durchzusetzen, so hatten sie sich mit der Teilung begnügt. So wurde einer der größten in der Weltgeschichte bekannten politischen Fehler begangen, welcher durch die Beschlüsse des Wiener Kongresses vom Jahre 1815 noch bedeutend verschlimmert wurde.

Um den Beweis zu erbringen, daß die soeben von mir über die Teilung Polens geäußerte Meinung auf keinen subjektiven Vorurteilen oder nationalen Voreingenommenheiten beruhet, kann ich nichts besseres tun, als mich auf das Zeugnis eines der größten Staatsmänner und Politiker Preußens auf den Freiherrn von Stein berufen. Ich erinnere, daß dieser Erneuerer Preußens nach Jena in verschiedenen, während des Wiener Kongresses geschriebenen Aufsätzen und Denkschriften die Teilung Polens als einen kolossalen und für die weitere Entwicklung der politischen Zustände Europas folgenschwersten Fehler bezeichnet hat. Freiherr von Stein warnte auch vor der Auslieferung „Kongreßpolens“ an Rußland und sah die Ungereimtheit, welche in der Verbindung eines konstitutionellen Polens mit dem despotischen Rußland lag. Stein hat eine Personalunion Polens mit Preußen angeraten. Die Warnungen Steins blieben leider erfolglos, seine Vorhersagungen über die Folgen des begangenen Fehlers haben sich jedoch erfüllt.

Der gegenwärtige, zwischen den Teilungsmächten zum ersten Male ausgebrochene Krieg, kann nicht anders, denn als eine unerbittliche Folge der Teilung Polens bezeichnet werden. Durch 120 Jahre ist es der diplomatischen Kunst

gelungen, das Unabwendbare hintanzuhalten, bis es endlich nicht weiter ging. Die seit hundert Jahren sich häufenden Gegensätze drängten mit Naturnotwendigkeit zum Ausbruch, welcher früher oder später kommen mußte, je später, desto furchtbarer und blutiger. Sobald es aber dazu kam, so mußte mit derselben Naturnotwendigkeit auch die polnische Frage sofort auf der Tagesordnung erscheinen. Begangene Fehler, seien es auch solche, die vor 100 oder 120 Jahren begangen wurden, müssen einmal unter unerhörten Drangsalen und Mühen, unter Strömen von Blut gut gemacht werden.

Versuchen wir jetzt weiter uns in Kürze über die Haltung zu orientieren, welche in der polnischen Frage sowohl von den Regierungen kriegführender Mächte, als auch von den Vertretern der öffentlichen Meinung Europas nach dem Ausbruche des Weltkrieges eingenommen und im Laufe des ersten Kriegshalbjahres beobachtet wurde.

Bereits vor dem Ausbruche des Krieges begann es in russischen Gehirnen zu dämmern, daß die Unterdrückung der polnischen Nation für Rußland einmal gefährlich werden könnte. Anstatt jedoch an wirkliche Reformen zu denken, trachtete man, — wie immer in Rußland, — die Polen durch leere Versprechungen zu gewinnen. Diese Versprechungen verdichteten sich nach Ausbruch des Krieges zu dem bekannten Manifeste des Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch, das er als oberster Befehlshaber der russischen Armee an die Polen erlassen hat. Der Großfürst verspricht ihnen in diesem Manifeste nach einem siegreichen Kriege:

1. Vereinigung der getrennten Gebietsteile des ethnographischen Polens zu einem Ganzen; 2. Sprachliche und religiöse Autonomie und Konstitution, politische Freiheit unter dem Szepter des Zaren als polnischen Königs.

In eingeweihten Kreisen erzählte man sich, daß die Veröffentlichung des Manifestes an die Polen auf Verlangen des Herrn Poincaré, Präsidenten der französischen Republik erfolgte, welcher während seines letzten Petersburger Aufenthaltes, — knapp vor dem Ausbruche des Krieges, — im Namen Frankreichs und Englands an die russische Regierung eine kategori-

sche Aufforderung richtete, den Polen nationale Zugeständnisse zu bewilligen, um die ganze polnische Nation, also auch jene Teile, welche unter deutscher und österreichischer Herrschaft verbleiben, für die Sache des Dreiverbandes zu gewinnen. Die Einigung und Neugestaltung Polens sollte gewissermaßen unter „Garantie" der Westmächte erfolgen. Derartige Erzählungen und Andeutungen fanden ihre Bekräftigung in einem Artikel, welcher in dem ersten Oktoberhefte einer in England sehr angesehenen Zeitschrift, der „Fortnightly Review", unter der Aufschrift „Rußland und der Krieg" erschienen ist. Der Verfasser des Artikels bezeichnete als eines der Hauptergebnisse des jetzigen Krieges, wenn er für den Dreiverband siegreich wäre, ein künftiges Polen, gebildet aus dem heutigen Königreiche Polen, aus Westgalizien, aus Oesterreichisch- und Preußisch-Schlesien mit Breslau, aus Posen und aus West- und Ostpreußen mit Danzig und Königsberg. Ein derartiges Polen soll als ein selbständiges konstitutionelles Königreich unter dem Szepter des russischen Kaisers als polnischen Königs konstituiert werden. In ähnlicher Weise haben sich auch hervorragende französische Politiker und Schriftsteller, wie z. B. der gewesene Minister Hannotaux, wie Anatole France und viele andere geäußert. Die englische und französische Presse hat sich überhaupt des polnischen Problems bemächtigt und bearbeitet es noch immer weit und breit nach den im Manifeste des Großfürsten Nikolaus und im Artikel der „Fortnightly Review" vorgezeichneten Mustern. Auf solche Art wurde nun von den Westmächten die Frage von neuem aufgenommen, allein nicht gegen Rußland, wie ehemals, sondern im Einverständnisse mit Rußland und gegen Oesterreich und Deutschland.

Betrachten wir nun dieses Dreiverbandsprojekt einmal des näheren. Es soll also ein einheitlicher Polenstaat, bestehend aus allen vom polnischen Volksstamme bewohnten Gebieten gebildet werden, natürlich mit Ausschluß Ostgaliziens, Litauens und des Chełmer Landes, welche zu dem „urrussischen" Besitze gerechnet werden. Die Polen wären gezwungen, für ewig auf Lemberg, auf Wilno, auf Grodno und noch auf viele andere der großen Mehrheit der Bevölkerung nach polnische Städte zu verzichten, dafür

erhalten sie die rein deutschen Städte Breslau und Königsberg, auch Danzig, wo kaum 4 % der Bevölkerung polnisch spricht. Gebiete, welche wie z. B. Ostgalizien bereits seit mehr als 600 Jahren zum einheitlichen staatlichen Ganzen gehören, oder solche wie Litauen, welche beinahe vor fünf und einem halben Jahrhunderte sich zum ersten Male freiwillig mit Polen vereinigten, wo friedliche polnische Kulturarbeit so großartige Erfolge erzielt hat, daß das moskowitische Regierungssystem, trotz Murawiews und trotz anderer grausamster Verfolgung, das Polentum dort zu vernichten nicht imstande war, sollen von den Polen aufgegeben werden, welche für diesen Verlust mit anderen gegenwärtig bereits rein oder überwiegend deutschen Gebieten „belohnt" werden! Ja, in der Tat! Es ist ein wahres Danaërgeschenk, das den Polen der Dreiverband anbietet. In den Grenzen des von ihm projektierten zukünftigen Polenstaates leben jetzt nahezu 20 Millionen Polen. Rein oder beinahe reinpolnisch wären jedoch nur Westgalizien und der größte Teil des Kongreß-Polens. Dagegen sind sowohl Oesterreichisch und Preußisch-Schlesien, als auch West- und Ostpreußen zum Teile rein deutsch und für das Polentum gänzlich verloren wie z. B. in Schlesien die Regierungsbezirke Breslau und Liegnitz, in Westpreußen die Bezirke Deutschkrone, Schlochau, Flatau, Marienberg, Rosenberg u. a., in Ostpreußen der ganze Norden mit Ausnahme eines ziemlich schmalen an Kongreß-Polen grenzenden Streifens. Allein auch in jenen Gebietsteilen Schlesiens und Preußens, wo die polnische Bevölkerung noch überwiegt, — wie z. B. in dem Regierungsbezirke Oppeln —, sind höhere Gesellschaftsklassen, sind Großgrundbesitzer Kapitalisten, Industrielle und die große Mehrheit der Intelligenz Deutsche. In Händen der polnischen Landwirte und Arbeiter befindet sich im Gebiete Oppeln nur noch 30 % des gesamten Grund und Bodens. Der Besitzstand des deutschen Elementes ist in allen oben genannten Ländern, sowohl was die völkische als auch die wirtschaftliche und intellektuelle Seite anbelangt, so gewaltig und so mächtig, daß von einem Zurückdrängen des Deutschtums dort absolut keine Rede sein kann. Was würde also die Folge sein? In dem künftigen vom Dreiverbande erträumten Staate würden den 20 Millionen Polen

mehrere Millionen Deutsche gegenüberstehen, die jedoch den ersteren, wenn nicht an Zahl, so doch in jeder anderen Hinsicht weit überlegen wären. Hätten wir es hier also mit einem national einheitlichen polnischen Staate zu tun? Nein! und abermals nein! Das wäre ein staatliches Gebilde widerlichster Natur, wo die Bevölkerung in zwei feindliche Lager geteilt, sich einander in den Haaren liegen und sich gegenseitig auf Tod und Leben bekämpfen würde. Wäre es den möglich, ein solches Polen konstitutionell zu regieren? Unter keiner Bedingung! Mit den Deutschen ginge es nicht, gegen die Deutschen auch nicht. Es bliebe also kein anderes Mittel, als nur mit Ausnahmsgesetzen zu arbeiten und eine Ungerechtigkeit auf die andere zu häufen. Die Deutschen wären in ihrem Widerstande immer unbeugsamer und mächtiger, dagegen die moralische Kraft und der Charakter der Polen wäre auf eine harte Probe gestellt. Schon vor dritthalb Jahrtausenden hat Sokrates, der große athenische Weise, im platonischen „Gorgias" die tiefsinnige Wahrheit verkündet, daß derjenige, der Ungerechtigkeit übt, viel mehr verliert, als derjenige, der die Ungerechtigkeit erduldet. Wenn im Deutschen Reiche 60 Millionen Deutsche mit vier Millionen Polen nicht fertig werden können, so wäre es denn möglich, daran im Ernst zu glauben, daß 20 Millionen Polen die Widerstandskraft von mehreren Millionen Deutschen zu brechen imstande wären? Das endgültige Ergebnis ist leicht vorauszusehen. Nach mehreren Jahren würde der russische Zar als angeblicher polnischer König den Polen erklären: „Ihr seid ja gar nicht in der Lage, mit den Deutschen Ordnung zu machen, die deutsche Gefahr an meinen Grenzen ist im steten Wachsen begriffen, es bleibt mir demnach nichts anderes zu tun übrig, als euch zusammen mit den Deutschen unter eine gemeinsame russische Haube zu bringen und alle in Russen umzumodeln."

Das wäre unzweifelhaft das Ende vom Liede des vom Dreiverbande zu schaffenden Polens. Die Russen wollen ja auch jetzt, wo sie nur Versprechungen machen, keine Bürgschaften hiefür leisten, daß sie diese Versprechungen einhalten, und es ist bekannt, daß, wenn ein Russe etwas verspricht, er dabei immer seine Hintergedanken hat. Daß dieses auch jetzt der Fall ist, beweist folgende Tatsache:

Der Polenklub in der russischen Reichsduma hat unlängst eine Resolution beschlossen, in welcher es heißt, daß „den russischen gesetzgebenden Körperschaften kein Recht zustehen dürfe, über die staatliche Organisation des zukünftigen Polens irgend welche Entscheidung zu treffen. Darüber soll der Dreiverband auf einem Kongresse noch vor Friedensschluß entscheiden." Eine derartige „Anmaßung" der Polen wird sogar von der russischen Fortschrittspartei in ihrem Organ „Utro Rossii" mit Entrüstung abgewiesen. — „Frankreich und England" — schreibt „Utro Rossii" — „haben bei dieser slavischen Familienangelegenheit nichts dreinzureden. Der siegreiche Dreiverband wird nur die Tatsache der Einigung Polens zu bestätigen haben. Allein die Organisation des unter dem Szepter des russischen Kaisers geeinigten Polens zu erwägen, kann nicht Sache irgendwelcher Kongresse sein. Staatliche Organisation aller dem Kaisertume einverleibten Länder gehört zu den Hoheitsrechten und zu den Pflichten des Reiches. Die Einrichtung des zukünftigen geeinigten Polens hängt ausschließlich von Rußland ab." Da haben wir also die gewünschten „Garantien"! Die Polen, welche die Russen nur zu gut kennen, werden sich schon darüber ihre eigene Meinung zu bilden wissen.

Allein auch ein derartiges Schattenbild von einem „geeinigten" Polen, dessen Einigung wahrscheinlich nur auf einer gemeinsamen Behandlung der ganzen polnischen Nation mit russischen Knuten beruhen würde, könnte den Polen nur unter der Bedingung bewilligt werden, wenn sie auf ihren Besitzstand in anderen ehemals polnischen Provinzen verzichten. Wie eine solche Verzichtleistung aufzufassen sei, darüber hat die Polen ein Aufsatz des höchst einflußreichen russischen Publizisten Mienschikow (erschienen in der Zeitung „Nowoje Wremja" am 23. Jänner l. J.) näher belehrt: „Wenn es sich nur" — schreibt Herr Mienschikow — „um die russische Herrschaft in Polen handeln würde, so wäre es nicht schwer, die Frage zu lösen, indem man auf Polen verzichtet. Aber es würde nur eine Frage verschwinden und eine gleich wichtige bleiben. Viele Jahrhunderte vor der Eroberung Polens durch die Russen er-

folgte die Eroberung Westrußlands durch die Polen. Und diese Eroberung blieb bisher unbeseitigt. In den Gouvernements Westrußlands, in Weißrußland, Volhynien, Podolien, in einigen kleinrussischen Gouvernements gehört den Polen der Groß- und teilweise der Kleingrundbesitz und die Rolle der Kulturklasse. Das ist ganz und gar keine Kleinigkeit für Rußland, im Gegenteil eine Frage von außerordentlicher staatlicher Wichtigkeit. So lange der Grund und Boden, das Kapital, die Bildung einem sehr starken Prozentsatz von Ausländern gehört, kann sich die lokale Bevölkerung nicht als unabhängig ansehen. Der wirtschaftliche und kulturelle Druck ist nicht leichter als der politische. Der gegenwärtige schreckliche Krieg hat gezeigt, was es heißt, einen Fehler zu begehen und in sein Grenzgebiet einen Zufluß von Kolonisten aus dem Nachbargebiet zuzulassen. Stellen wir uns vor, daß das ethnographische Polen sich in ein vollständig von Rußland unabhängiges Reich mit 20 Millionen verwandelt. Im Falle eines Bündnisses eines solchen Polens mit Deutschland (was geschieht nicht auf dieser Welt!) würde die polnische Armee in Westrußland eine breite polnische Kolonisation finden, die bei weitem mehr eingewurzelt ist als die jetzige deutsche Kolonisation in Rußland. In unserem Lande würde immer im verborgenen Zustande eine feindliche Armee leben und möglicherweise wäre es in der Zukunft für uns mit dieser bei weitem schwerer fertig zu werden als jetzt. Das ist ein sehr ernstes Hindernis für die Wiederaufrichtung eines vollständig unabhängigen Polens. Persönlich habe ich tiefe Sympathien für das nationale Recht aller Völker, ich achte auch das polnische Nationalideal, aber ich glaube, daß dieses Ideal nur durch allmähliche Liquidierung unserer gegenseitigen Sünden erreicht werden kann. Vor allem ist es notwendig, daß Westrußland von den Spuren der polnischen Eroberung befreit werde und dann erst Polen von denen der russischen (!)."

Das russische Programm in der polnischen Frage ist in diesen Worten mit aller gewünschten Offenheit verkündet. Die Polen müssen zuerst in dem sogenannten Westrußland, das heißt in den östlichen Gebietsteilen der ehemaligen Republik Polen, welche nie rusisch

gewesen und bis auf den heutigen Tag nicht russisch sind, alles, was sie dort im Laufe von mehr als einem halben Jahrtausend in friedlicher Arbeit geleistet und erworben haben, aufgeben. Des ganzen Grund und Bodens, wovon noch mehr als die Hälfte in jenen Provinzen in ihren Händen sich befindet, so wie ihres ganzen gesellschaftlichen Einflusses der auf ihrer Intelligenz und ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit beruht, sich entäußern. Sie wären verpflichtet, das von den Vorfahren zivilisierte Land entweder ganz zu verlassen oder sich zum Russentume zu bekennen, und nachdem dies geschehen ist, dann erst wäre ihnen erlaubt, sich auf dem sogenannten „ethnographischen Boden zu einigen". Damit es ihnen aber einmal nicht in den Sinn käme, sich mit Deutschland gegen Rußland zu verbinden, müssen sie geeinigt unter dem Szepter des russischen Zaren für immer verbleiben!

Das ist es, was Rußland den Polen verspricht! Um nun den Wert dieser Versprechungen entsprechend zu beleuchten, kann ich nichts besseres tun, als mich auf eine Publikation berufen, welche aus dem Lager des Dreiverbandes kommt. Es ist dies eine in Paris in französischer Sprache vorbereitete Broschüre herauszugeben vom „Komitee polnischer der französischen Armee inkorporierter Freiwilliger", unter dem Titel: „Um den dauernden Frieden" (Pour une paix durable): „Wer die russische Regierung kennt", — lesen wir dort — „der weiß es sehr gut, daß bei dem gegenwärtigen Zustande Rußlands eine wahre Autonomie Polens ein Ding der Unmöglichkeit ist. Wenn wir sogar annehmen wollten, daß es Nikolaus II. gelingen würde, eine solche Autonomie im Wege von Ausnahmsgesetzen zu oktroieren, so können wir sicher sein, daß sie bald verschwinden würde, vernichtet durch die unüberwindliche Kraft, die der russischen Reaktion innewohnt und noch lange innewohnen wird." Ueber das Manifest des Oberkommandanten an die Polen äußert sich die französische Flugschrift, daß es nach der Meinung sowohl der hohen russischen Staatsbeamten, als auch russischer Diplomaten, Niemanden verpflichte. Der russische Botschafter in Paris erklärte am Tage nach der Publikation des großfürstlichen Manifestes, daß es eine Naivetät wäre zu

glauben, daß man den Polen eine solche Freiheit geben würde, wie sie sie in Oesterreich haben.

Es wäre demnach ein Wahnwitz, von Rußland überhaupt etwas zu erhoffen. Genau vor hundert Jahren (im Jahre 1814) hat der berühmte russische Diplomat korsikanischer Herkunft Graf Pozzo di Borgo die Aeußerung getan, daß die Vernichtung der politischen Existenz Polens die ganze neuere Geschichte Rußlands ausfüllt. Das in diesen Worten des langjährigen Botschafters in Paris während der Restauration enthaltene Programm, hat im Laufe des Jahrhunderts nicht nur seine Geltung nicht verloren, sondern erfuhr sogar eine weitreichende Erweiterung und Verschärfung: Kaiser Alexander I. ließ sich noch zum Könige von Polen krönen. Sechzehn Jahre später hat sein Nachfolger Nikolaus I. an die Vertreter der Stadt Warschau folgende Ansprache gerichtet:

„Ihr habet, meine Herren, zwei Wege vor euch: Der erste bestehet im Pflegen alter Illusionen von einem unabhängigen Polen, der zweite im ruhigen Leben als gehorsame Untertanen meiner Regierung. Werdet ihr fortfahren in der Pflege eurer Träumereien und Utopien von einer besonderen Nationalität, von einem unabhängigen Polen und von allen derartigen Chimären, so werdet ihr über euch viel Unglück heraufbeschwören. Ich habe hier eine Alexander-Zitadelle gebaut und ich erkläre euch, daß ich bei der geringsten Unruhe die Stadt werde bombardieren lassen. Ich will Warschau in Trümmer legen und seid versichert, ich bin nicht derjenige, der diese Stadt von neuem aufbauen wird. Im allgemeinen bin ich zufrieden, daß die Dinge an dem Punkte angelangt sind, an welchem ich nur Kaiser von Rußland bin. In diesem Charakter gehören sie zu mir."

So sprach zu den Polen der russische Kaiser im Jahre 1831. Dreißig Jahre später hat ihnen wiederum sein Nachfolger der liberale Alexander II. das berühmte „Point des reveries" zugerufen. Seit der Zeit begann der bereits fünfzig Jahre andauernde Vernichtungskampf, gerichtet nicht nur gegen die politische sondern auch

gegen die nationale und kulturelle Existenz der Polen. Dieser Kampf wütet sogar jetzt während des Krieges mit unverminderter Heftigkeit. Zu seinem Schauplatze wurde jetzt das zeitweise von den Russen besetzte Ostgalizien gewählt, wo bereits Versuche unternommen werden, der Bevölkerung den orthodoxen Glauben und die russische Sprache gewaltsam aufzubürden. Kann man denn solchen Tatsachen gegenüber russischen Manifesten und Lockungen irgend welchen Wert beimessen? Kann man annehmen, daß ein siegreiches Rußland, das in den Besitz von Konstantinopel käme, wodurch das Selbstbewußtsein der fanatischen russischen Orthodoxie im höchsten Grade gesteigert wäre, daß ein solches Rußland geneigt wäre, einem katholischen und der westeuropäischen Kultur angehörendem Volke irgend welche Zugeständnisse zu machen? Das würde ja dem russischen Ideal, welches in der Einheit der Sprache, des Rechtes und des Glaubens besteht, zuwiderlaufen, wäre auch mit dem russischen nationalen Charakter, welcher eher ins Weite statt in die Tiefe strebt, und Merkmale von etwas phantastischem und unbegrenztem aufweist, unvereinbar.

Gegen diese meine Ausführungen könnte vielleicht zur Geltung gebracht werden, daß hinter den russischen Versprechungen Frankreich und England stehen und Bürgschaften für deren Verwirklichung übernommen haben. Unlängst hat ja der englische Staatssekretär Lloyd George im Parlamente auf eine Anfrage des Abgeordneten King erklärt, daß die englische Regierung der Angelegenheit einer Autonomie Polens freundlich gegenüberstehe. Es wäre nun ein starkes Maß von Leichtgläubigkeit notwendig, um einer solchen nichtssagenden Erklärung irgend welche Bedeutung beizumessen. Umsomehr, da aus der diplomatischen Geschichte des XIX. Jahrhunderts mancher Fall bekannt ist, daß England für Polen weder etwas getan noch tun wollte. Im Gegenteil, die englische Regierung hat sogar mehrere Male einer für die Polen günstigen Lösung der polnischen Frage alle möglichen Hindernisse in den Weg gelegt. So geschah es im Jahre 1831 während der Novemberrevolution. Man erklärte damals den polnischen Abgesandten in London ganz

unumwunden, daß England nicht gewillt sei, die polnische Sache zu unterstützen. Allein die englische Regierung begnügte sich nicht mit dieser offenen Absage, sie hat überdies alle möglichen diplomatischen Mittel in Bewegung gesetzt, um zu verhindern, daß irgend ein Staat, z. B. Frankreich oder Schweden, den Polen zu Hilfe komme. Als später vor dem Krimkriege die polnische Frage abermals auf der Tagesordnung erschien, unterzeichnete die englische Regierung noch vor dem Ausbruch des Krieges ein Protokoll, in welchem sie Rußland im voraus vor jedem Territorialverlust sicherstellte. So schaut die englische Sympathie für Polen aus! England war es immer nur darum zu tun, Rußland Verlegenheiten zu bereiten und es mit Hilfe der polnischen Frage möglichst weit von Konstantinopel und von Asien zu halten. Es ist auch gar nicht anzunehmen, daß es in der Zukunft nach einem eventuellen siegreichen Kriege anders werden könnte. Je mächtiger Rußland nach einem solchen Kriege würde, desto notwendiger wäre für England jene polnische Kugel, angebunden an die Füsse des nordischen Kolosses. Uebrigens wer Rußland kennt, der weiß es sehr gut, daß es sich um die sogenannten „Bürgschaften" Frankreichs oder Englands blutwenig kümmern würde. Rußland versteht es vortrefflich, die Welt vor vollzogene Tatsachen zu stellen. Der bereits oben genannte russische Botschafter in Paris Graf Pozzo di Borgo hat im Jahre 1828 aus der Schule der russischen Diplomatie geschwätzt indem er sagte: „Europa darf von unseren Beschlüssen erst dann etwas erfahren, wenn es bereits zu spät ist, deren Ausführung zu verhindern." —

Ich habe dem neuesten russischen Programm in der polnischen Frage einen etwas längeren Aufsatz gewidmet, da es sich mir darum handelte, die gänzliche Wertlosigkeit und Hinfälligkeit dieses Programmes zu erweisen. Ich habe jedoch bis jetzt seine wichtigste schwache Seite unberührt gelassen. Sie besteht darin, daß jenes Programm überhaupt gar nicht verwirklicht werden kann, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil zu dessen Verwirklichung ein Sieg des Dreiverbandes in dem gegenwärtigen Kriege und eine vollständige

Vernichtung der beiden Zentralmächte unbedingt notwendig wäre. Eine derartige Wendung der Ereignisse ist nun gänzlich ausgeschlossen, da Deutschland und Oesterreich-Ungarn unbesiegbar sind. Wenn ich eine solche Behauptung aufstelle, so veranlassen mich hiezu weder Gefühls- noch irgend welche andere Rücksichten. Ich verdanke zwar sehr viel dem deutschen Gedankenkreise. In meiner Jugend bin ich zu Füßen der größten deutschen Meister und Denker jener Zeit gesessen und fühle mich mächtig von dem angeregt, was ich von ihnen erfahren und gelernt habe. Trotzdem kann ich, wegen der meinen Volksgenossen in einigen der preußischen Provinzen Deutschlands zuteil gewordenen Behandlung, ein Gefühl der Bitterkeit in meiner Brust nicht unterdrücken. Wenn ich daher behaupte, daß Deutschland und Oesterreich-Ungarn unbesiegbar sind, so tue ich das auf Grundlage ganz kühler, ruhiger Erwägung, und auf Grund sowohl langjähriger Beobachtung als auch genauer Kenntnis des deutschen Wesens. Auch über die Widerstandskraft der österreichisch-ungarischen Monarchie war die Welt meistens sehr schlecht informiert. Man zog aus gewissen Erscheinungen an der Oberfläche des politischen Lebens ganz falsche Schlüsse über die innere Ohnmacht der Monarchie. Für einen tiefer eindringenden Beobachter könnten jedoch gerade diese Erscheinungen — das ist nationale Streitigkeiten — eher für Beweise der Stärke als der Schwäche gelten: Aus dem ganzen nationalen Hader war ja die Tatsache ersichtlich, daß die Nationalitäten in Oesterreich-Ungarn sich frei bewegen und frei entwickeln konnten. Sie stritten und stießen an einander gerade deswegen, weil sie frei waren, daneben aber funktionierte überall still und ruhig die Staatsmaschine, welche alles im Innern zusammenhielt und in den Augenblicken der Gefahr sich auch glänzend bewährt hat. Auch die Nationalitäten einigten sich sofort, sobald es galt, für das Ganze einzustehen. Alle Völker der vielsprachigen Monarchie kämpfen wie wahre Helden, um nach dem Kampfe frei bleiben und eventuell wiederum um ihre Rechte streiten zu können. Das ist eben das Charakteristische der wahren Freiheit, daß sie manchmal

äußerlich Merkmale von Schwäche trägt, während sie im Innern alle sozialen Energien frisch und tatkräftig erhält. Im Zarenreiche unter der Herrschaft des Moskowitertums gibt es keinen Nationalitätenstreit. Ist das aber ein Beweis der Stärke? Nein, im Gegenteil, das ist ein Beweis der Schwäche. Die Nationalitäten Rußlands streiten nicht miteinander, da sie alle der Freiheit beraubt sind, und da der russische Staat einem gemeinsamen Gefängnisse gleicht. —

Nach dieser Abschweifung, die mir jedoch nützlich schien, wollen wir uns der österreichisch-ungarischen Monarchie zuwenden und die Haltung sowohl der Regierung, als auch der öffentlichen Meinung in der polnischen Frage nach Ausbruch des Krieges kurz charakterisieren. —

Die Natur der Verhältnisse brachte es mit sich, daß Oesterreich-Ungarn. als eine in der polnischen Frage ungemein stark interessierte Macht erscheint. Man muß nun allen Regierungskreisen der Monarchie die Anerkennung zollen, daß sie in der polnischen Angelegenheit Enthaltsamkeit und Ruhe eingehalten haben, wodurch auch die Würde der Monarchie gewahrt blieb. Man nahm hier nicht, wie in Rußland, den Mund voll von leeren Phrasen, man verteilte nicht großmütig das Fell des noch lebenden Bären, wie dies der Dreiverband tat. Das oberste Militärkommando veröffentlichte einen würdigen Aufruf an die polnische Bevölkerung, in welchem an die ritterlichen Tugenden und Traditionen der Polen appelliert und ihnen Gerechtigkeit und Anschluß an die westeuropäische Kultur versprochen wird. Wichtiger jedoch als Worte waren Taten, die ihnen folgten. Es wurde die Bildung polnischer Legionen, gestattet. Dadurch wurde nun in der Monarchie die polnische Frage in richtige Bahnen gelenkt. Was nützt es, vorzeitige Versprechungen einem Volke zu machen! Die Polen haben bereits sehr bittere Erfahrungen hinter sich. Man hat ja im Laufe eines Jahrhunderts ihnen von verschiedenen Seiten so viel versprochen und so wenig gehalten! Die zur Bildung der Legionen erteilte Erlaubnis, das war ein tatsächlicher Beweis, daß man hier in den maßgebenden Kreisen mit den Polen

rechnet.

Alles weitere war und ist noch immer überflüssig. Jetzt muß man sich abmühen, kämpfen und dulden, die Zeit der Ernte wird erst kommen. Unser Anteil an dieser Ernte wird dann von unseren Taten, von der Summe der dargebrachten Opfer, sowie von unserer Standhaftigkeit und Klugheit abhängen. Es ist auch unsere Pflicht, sich auf die große Schicksalsstunde entsprechend vorzubereiten und ihr kräftig vorzuarbeiten. Diese Vorarbeit kann in nichts anderem bestehen, als in der Erörterung und Aufklärung aller jener Momente, welche in der polnischen Frage entscheidend sind.

Wir dürfen von keinem Staate und von keiner Regierung fordern, daß sie sich von rein ideellen selbstlosen Motiven leiten lassen, es ist jedoch unsere Pflicht, die Gemeinsamkeit der Interessen mit Nachdruck hervorzuheben und auf eine derartige Lösung der polnischen Frage hinzuweisen, welche für die verbündeten Zentralmächte nicht nur von größtem Nutzen wäre, aber ihnen auch die Früchte der mit solch unerhörter Aufopferung erfochtenen Siege durch einen dauernden Frieden für ferne Zukunft sichern könnte.

Was die öffentliche Meinung und Publizistik von Oesterreich-Ungarn anbelangt, so wird hier in der polnischen Frage meistens im Finsteren herumgetappt. Man schreibt zwar viel über die furchtbaren Leiden der schwergeprüften Bevölkerung Galiziens und Kongreß-Polens, was jedoch mit Polen nach dem Kriege geschehen soll, darüber schweigt man sich gründlich aus. Professor Brockhausen begann seinen trefflichen Vortrag über „Oesterreichs Kriegsziel" mit folgenden Worten: „Merkwürdig ist es, wie wenig in Oesterreich vom Ziel und Zweck des Krieges die Rede ist." Geschieht dies nun aus Mangel an Orientierung, aus Mangel an Mut, oder aus Enthaltsamkeit, diktiert durch höhere Rücksichten? Ich fühle mich nicht berufen, darüber zu entscheiden, und will gerne das Letztere annehmen. Um so höher muß ich jedoch die mutigen Worte, welche Professor Brockhausen gesprochen hat, einschätzen. Sein Vortrag ist eigentlich die

erste in der Monarchie bedeutsame Aeußerung der öffentlichen Meinung über das von Oesterreich-Ungarn zu erstrebende Kriegsziel.

Professor Brockhausen spricht mit Anerkennung davon, daß die Polen es begonnen haben „in einer deutsch geschriebenen Wochenschrift („Polen") sich und andere Völker der Monarchie über die kulturelle Gemeinschaft in diesem Kriege aufzuklären. Und dann sagt er weiter: „Der Krieg ist keineswegs bloß ein Existenzkampf, er ist zugleich Kampf um die Kultur aller Slaven, die überhaupt westlich denken. Das österreichische Staatsproblem ist nichts anderes, als das konzentrierte europäische Friedensproblem. Alle Versuche, auch die kleinste Nation aufzusaugen, haben sich als verfehlt erwiesen, geschweige denn eine der großen. Im Gegenteil, auch die kleinste Nation, selbst wenn sie eine zeitlang zu schlafen schien, ist aufgewacht, will leben und sich entwickeln... Nun jede Entwicklung kann auf zwei Arten vor sich gehen: Durch eigene Arbeit oder auf fremde Kosten, raubtierartig durch Eroberung (wie in Rußland) oder innerhalb eines festen Rahmens, welcher bestialische Naturtriebe bändigt, Eroberungen ausschließt. Leben und leben lassen! (Wie in Oesterreich). Um seiner eigenen Existenz willen muß demnach Oesterreich ein Staat der ausgleichenden Gerechtigkeit sein, der die einander widerstrebenden Völker verbindet ohne sie zu unterbinden. „Das Nebeneinanderleben Gleichberechtigter!" Das ist es, um was jetzt gekämpft wird. Der Sieg wird also auch den Sieg des österreichischen Staatsgedankens und seine Anwendung auf Europa bedeuten."

In vollkommener Uebereinstimmung mit diesen Ausführungen, erlaube ich mir sie nur in einem Punkte zu ergänzen: Prof. Brockhausens „Oesterreichischer Staatsgedanke" bedeutet eben dasselbe, was wir Polen als „jagiellonische Idee bezeichnen. Diese kurze Bemerkung wird wohl ausreichen, um die vollständige Solidarität der Interessen der polnischen

Nation mit den staatlichen Interessen der österreichisch-ungarischen Monarchie entsprechend zu beleuchten. Uebrigens, niemand anderer hat diese Beleuchtung in treffenderer und mehr überzeugender Weise zuwege gebracht, als es ein würdiger Sohn des großen ungarischen Patrioten und Staatsmannes aus einer großen Zeit — Graf Julius Andrássy, der in einem in Budapest gehaltenen Vortrage die polnische Frage in Verbindung mit den Kämpfen der Gegenwart besprach. Die Worte des Grafen Andrássy verdienen es wahrlich, überall, wo noch Sinn für gesunde, kraftvolle und weitausschauende Politik vorhanden ist, gehört und beachtet zu werden. Wenn Graf Andrássy von den Leiden der polnischen Nation spricht, so beweist er, daß ihm als edlem Charakter ideelle Motive nicht fremd sind. Entscheidend jedoch für seine Politik sind reale Interessen, und zwar hauptsächlich die Sicherheit seines eigenen Landes und Volkes. Von diesem Standpunkte die Sache betrachtend, befürwortet er in überzeugender Weise die Befreiung Polens vom russischen Joche. Es sprechen hiefür sowohl strategische als auch politische Gründe. Strategisch würde durch den Verlust Polens die Spitze, mit der Rußland gleichmäßig Berlin, Wien und Budapest bedroht, abgestumpft werden. In politischer Beziehung würde die befreite polnische Nation eine neue Kraft im Dienste Mitteleuropas gegen die Uebermacht des Ostens bilden. Rußland dagegen könnte nach dem Verluste Polens nur in einem solchen Falle den Gedanken an Vergeltung verwirklichen, wenn es nicht gelänge für Polen eine günstigere Lage als es die gegenwärtige sei zu schaffen, und wenn infolge dessen die Polen sich nach der russischen Herrschaft zurücksehnen würden. Eine derartige Wendung betrachtet jedoch Graf Andrássy für ausgeschlossen. Das sind in der Tat Ausführungen, welche den Politikern und den Diplomaten, die bei dem künftigen Friedenswerke tätig sein werden, aufs wärmste zu empfehlen wären. Graf Andrássy hat den Nagel auf den Kopf getroffen, indem er behauptet, daß die strategische und politische Sicherung Oesterreichs, Ungarns und Deutschlands die Befreiung Polens vom russischen Joche in kategorischer Weise erfordert. Auch die Warnung, daß das in seinen Hoffnungen getäuschte polni-

Volk für Rußland zum Gegenstande andauernder Verhetzung werden könnte, ist wert, die allergrößte Aufmerksamkeit auf sich zu lenken.

Ich wende mich jetzt nach Deutschland. Es ist überhaupt nicht die Art deutscher Staatsmänner mit leeren Versprechungen zu hantieren und, Tatsachen vorauseilend, auf den Flügeln der Phantasie ins nebelige Land noch ungewisser Zukunft Ausflüge zu unternehmen. Das deutsche Volk hat den festen Willen zu siegen und die deutsche Politik zu schweigen, bis das eigentliche Kriegsziel, d. i. die Niederlage der Feinde, erreicht sein wird. Erst unlängst konnte man in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" folgendes lesen: „Die obersten Gewalten im Felde und Daheim, das Schwert und die Feder, stimmen auch darin völlig überein, daß zwingende Gründe der Landesverteidigung, wie der Politik dem Wunsche entgegenstehen, schon jetzt mit bestimmten Erklärungen über unsere Friedensbedingungen hervorzutreten und eine öffentliche Diskussion zuzulassen. Der Zeitpunkt hiezu kann nur durch die militärischen Ereignisse bestimmt werden." — Trotz derartiger Enthaltsamkeit, die von Anfang des Krieges geübt wurde, ließ man jedoch bald der polnischen Bevölkerung Preußens fühlen, daß neue Zeiten herannahen. Der deutsche Kaiser verkündete den „Burgfrieden", welcher auch den Polen gegenüber in Anwendung kam. Der Ostmarkenverein hat zeitweise seine agitatorische Tätigkeit eingestellt. Der altehrwürdige und seit sieben Jahren verwaiste Gnesener erzbischöfliche Stuhl wurde mit einem Polen besetzt. Als im August vorigen Jahres das deutsche Heer in Polen einrückte, versprach das Kriegskommando in einem Aufrufe der Bevölkerung „Befreiung vom moskowitischen Joche." Das alles zusammengenommen bedeutet zwar nicht viel, enthält aber doch Merkzeichen einer Wendung. Andererseits haben auch die Polen sich dem Staate und dem Reiche gegenüber korrekt und taktvoll benommen. Polnische Abgeordnete sowohl im deutschen Reichstage als auch im preußischen Landtage stimmten für alle Kriegsleistungen, wodurch die so sehr erwünschte Einmütigkeit in den Beschlüssen erreicht werden konnte. Polnische Soldaten und die zu Hause gebliebene Bevölkerung

erfüllen ihre militärischen sowie ihre Staats- und Bürgerpflichten ohne Zaudern.

Es ist daher zu bedauern, daß die preußische Regierung es nicht für zweckmäßig erachtet, die Ausnahmsgesetzgebung noch während der Kriegsdauer außer Geltung zu setzen, oder wenigstens an ihr solche Aenderungen vorzunehmen, welche für die polnischen Landesbewohner eine Erleichterung bedeuten würden. —

Die öffentliche Meinung Deutschlands und ihre Organe, die Zeitschriften, beschäftigen sich im Gegensatze zu Oesterreich-Ungarn recht intensiv mit der polnischen Frage. Alle Meinungen, die in dieser Angelegenheit geäußert wurden, lassen sich in zwei Gruppen einteilen. Zu der ersten Gruppe gehören diejenigen, deren Träger weder etwas vergessen noch aus den weltgeschichtlichen Ereignissen der Gegenwart etwas gelernt haben. Zu der zweiten Gruppe zähle ich diejenigen, welche sowohl die Wichtigkeit der polnischen Frage für Deutschland als auch die Notwendigkeit ihrer Lösung anerkennen. — Als Repräsentanten der ersten Gruppe erwähne ich Maximilian Harden und Professor Anschütz.

Harden, der bekannte Berliner Publizist hat im dritten Oktoberhefte der von ihm herausgegebenen Wochenschrift „Zukunft“ einen Aufsatz unter der Aufschrift: „Warschau-Antwerpen“ veröffentlicht, in welchem er sich entschieden gegen Wiederherstellung eines selbständigen polnischen Staates erklärt und Deutschland vor einem solchen Schritte zu warnen für gut findet. Harden gibt sich für einen treuen Anhänger und Schüler der Bismarckschen Politik aus. Der Aufruf eines deutschen Truppenführers, unter welchem geschrieben stand: Gegeben im Königreiche Polen“, hat ihm starke Angst eingeflößt und er schrieb seinen Artikel. Harden glaubt im Geiste Bismarcks zu handeln, wenn er behauptet, daß „neben dem Königreich Preußen, das sich nicht selbst schmälern will, nie ein Polenstaat leben darf.“ Daß diese Behauptung auf einem Trugschlusse beruht, ist nicht schwer zu beweisen Harden kennt nur ein franzosenfreundliches Polen, ein Polen, dessen Unabhängigkeit — wie Bismarck im Jahre

1863 schrieb — „mit einer starken französischen Armee in der Weichselposition gleichbedeutend wäre". Eine derartige These, aufgestellt vor einem halben Jahrhundert, ist verständlich. Glaubt aber Herr Harden, daß die geschichtliche Entwicklung in Bezug auf Polen seit fünfzig Jahren stillgestanden ist? Sieht er denn nicht, daß gewaltige Umwälzungen, die sich in der ganzen Weltpolitik vollzogen haben, auch auf die polnische Frage Anwendung finden? Kennt Harden nur ein am Gängelbande Frankreichs geführtes Polen, so erwidere ich ihm darauf, daß ich ein ganz anderes, ein jagiellonisches, ein Polen Sobieskis kenne, das im engsten Anschluss an Deutschland und an Oesterreich seine hohen Aufgaben im Osten Europas zu erfüllen trachtete. Die ganze Welt ändert sich, nur Polen soll still stehen und sich immer nur nach den aus Frankreich kommenden Winken drehen? Zwischen den Zeilen des Hardenschen Artikels ist jedoch etwas anderes als die Furcht vor einem Polenstaate zu lesen, es ist dies der Schmerz um die verlorene Freundschaft und Bundesgenossenschaft Rußlands. Was seit vierzig Jahren herannahte, was Bismarck selbst durch Einigung und durch Erkämpfung der Machtstellung Deutschlands vorbereitete, was kommen mußte, sollte Deutschland sich zu einer Weltmacht emporheben, das bedauert Harden und möchte gerne noch die Rückkehr „alter guter Zeiten" erleben. Darum soll Rußland womöglich verschont bleiben und seine polnischen Besitzungen behalten. Ein Stück Russisch-Polens gönnt er freimütig Oesterreich-Ungarn, ein Polenstaat darf aber in keiner Form entstehen. Warum? Weil Preußen sich in einem solchen Falle entschließen müßte, Posen, Westpreußen und Oberschlesien aufzugeben — behauptet Herr Harden. — Es ist aber klar, daß es sich ihm nicht um Preußen (ein siegreiches Preußen braucht keine Provinzen aufzugeben) sondern um Rußland handelt. — Rußland wäre durch den Verlust polnischer Gebietsteile so geschwächt, daß es niemals mehr die Vormundschaft über Europa, speziell über Deutschland beanspruchen könnte. Harden kennt unzweifelhaft sehr gut den Bericht Bismarcks vom 16. Juni 1854, in welchem zu lesen ist, daß eine Schwä-

chung Rußlands, durch die es unfähig würde, sich zu rächen, sich nur durch die volle Herstellung Polens herbeiführen ließe. Gerade dem wünscht er nun vorzubeugen und schreibt: „Das Polenreich müßte den Staatsverband Preußens lockern; würde ihm schnell gefährlicher als Serbien dem Beherrscher Kroatiens und Bosniens je war.“ Ich meine jedoch, daß die patriotische Sorge Hardens wegen der Polengefahr leicht zu verscheuchen wäre. Es ist ja ein Polen im engsten Anschluß an Oesterreich-Ungarn und dadurch im dauernden Bunde mit Deutschland denkbar. Kein Pufferstaat, nur ein Glied des großen habsburgischen Monarchie, welches keine Sonderpolitik auf eigene Hand zu treiben in die Lage käme. Was dann? Müßte da auch der Staatsverband Preußens gelockert werden? Ja gelockert könnte er schon sein, aber im ganz entgegengesetzten Falle, wenn nämlich Polen in Händen Rußlands bliebe. Wer Rußland kennt, der weiß sehr gut, daß es in einem solchen Falle aber nach verlorenem Kriege alles aufbieten würde, um Polen für sich zu gewinnen. Oesterreich-Ungarn und Deutschland hätten dann mit einer ständigen skrupellosesten Agitation zu kämpfen, welche die folgenschwersten Konsequenzen nach sich ziehen müßte. Ist eine solche Möglichkeit Herrn Harden entgangen? Gönnt er also Oesterreich-Ungarn „ein Stück Russisch-Polens“, so möge er der Monarchie noch ein zweites und noch ein drittes Stück gönnen, dann wird alles in Ordnung sein.

Aehnlichen Standpunkt wie Harden nimmt auch Professor Anschütz ein, dem es sich auch vor allem darum handelt, daß Rußland nicht allzusehr geschwächt werde. Er denkt noch immer an die alte Freundschaft aus der Zeit, wo Preußen ein Staat zweiten Ranges und Deutschland nur ein abstrakter Begriff war. Anschütz sehnt sich nach derlei Verhältnissen, ohne zu merken, daß Deutschland als Weltmacht mit Naturnotwendigkeit Tendenzen verfolgen muß, welche mit denen Rußlands ebensowenig in Einklang zu bringen sind wie Feuer mit Wasser. Es ist in der Tat ein starkes Maß politischer Naivität notwendig, um behaupten zu können, daß es möglich wäre, den Verzicht Rußlands auf

die Hegemonie über die Balkanhalbinsel und über Kleinasien zu erzwingen, und trotzdem dessen Freundschaft von Neuem zu gewinnen. Was ist bei dieser ganzen Gruppe politischer Schriftsteller entscheidend? Ist es der Polenhaß, oder die Unmöglichkeit, sich neuen Verhältnissen, die mit solchem Ungestüm hereinbrachen, anzupassen? Ich will mich in eine Erörterung dieser Frage nicht einlassen und wende mich lieber der zweiten Gruppe zu.

Hier möge mir vor allem gestattet sein, des Nestors deutscher Wissenschaft, des weltumfassenden Denkers und tiefsinnigsten Forschers Wilhelm Wundt zu gedenken, welcher in einem Vortrage die polnische Frage erwähnte und als eine der Hauptaufgaben des gegenwärtigen Krieges die Wiederherstellung Polens im engsten Anschluß an Oesterreich-Ungarn bezeichnete. In ähnlicher Weise hat sich Herr Reay im Jännerhefte der Zeitschrift „Das Freie Wort" geäußert. Gegen diejenigen Politiker, welche zum größten Nachteile Deutschlands polnisches Gebiet Rußland zu überlassen empfehlen, richtet Herr Reay folgende in hohem Grade beherzigenswerte Worte: „Sicher ist nur dem geschichtlich Denkenden, daß Festhalten an der alten üblen Teilungspolitik die denkbar größte Torheit wäre, weil damit die russische Gefahr nicht beseitigt, vielmehr deren Reibungsfläche nur noch mehr erhitzt würde, und daß eine zeitgemäße Lösung der polnischen Prozeßsache allein auf der Linie gesucht werden kann, für welche die freiheitliche österreichische Behandlung der Nationalitätenfrage die allgemeine Richtung weist." Auch Paul Rohrbach, einer der bedeutendsten und weitsichtigsten politischen Schriftsteller Deutschlands, spricht in seiner noch vor Ausbruch des Krieges begonnenen Flugschrift „Der Krieg und die deutsche Politik," die Ueberzeugung aus, daß gegen Rußland Polen wieder ins Leben gerufen werden muß: „Der russische Koloß mit seinen 170 Millionen Menschen bedarf überhaupt im Interesse der Sicherheit Europas einer Teilung, weil die russische Politik dauernd den Frieden des Erdteils und den Bestand der beiden europäischen Zentralmächte, Deutschland und Oesterreich-Ungarn, gefährdet." —

Auf die Frage, warum Deutschland in diesem Kriege gewissermaßen automatisch mit eintrat, antwortet wiederum der Berliner Professor Dr. Otto Hoetsch in seiner Schrift: „Rußland als Gegner Deutschlands", daß dies wegen Oesterreich-Ungarn geschah und geschehen mußte. Nach drei Richtungen sieht er die Kriegsziele im Osten. Zuvörderst die Sicherung des Deutschen Reiches und seiner Grenzen im Osten, dann die Sicherung Oesterreich-Ungarns als einer mittel- und südosteuropäischen Großmacht, endlich durch Zertrümmerung des Panslavismus auch Sicherung der Türkei. Alle diese Ziele sind jedoch ohne Abtrennung der polnischen Gebietsteile von Rußland absolut undurchführbar.

Wie mächtig die sich häufenden welthistorischen Ereignisse der Gegenwart auf die Geister einwirken, hiefür liefert uns Dr. Albert Ritter (Karl von Winterstetten) ein Beispiel. In seiner Schrift „Nordkap-Bagdad. Das politische Programm des Krieges" behauptet er auf Seite 6, daß Rußland unbesiegbar und im Kerne unangreifbar sei. Die Aufrichtung eines polnischen Königreiches hätte nach ihm endlose Schwierigkeiten für Mitteleuropa im Gefolge. Jedoch bereits auf Seite 34 hat sich Dr. Ritter eines besseren besonnen, hält Polen als autonomes Königreich mit einem Habsburger als politisch denkbar und möchte die polnische Lücke im mitteleuropäisch-germanischen Staatenbunde durch Errichtung eines autonomen Königreiches schließen. —

Sehr interessant stellen sich die Aeußerungen des Herrn George Cleinow, Verfassers eines umfassenden Werkes über die „Zukunft Polens" dar. Cleinow ist kein Freund der Polen, der Gerechtigkeitssinn und wissenschaftliche Objektivität gebieten ihm trotzdem, manche gute Eigenschaft des polnischen Volkes, sowie dessen berechtigtes Streben nach einheitlicher politischer Existenz anzuerkennen. Nicht alles jedoch, was in der Gegenwart vorgeht, ist für ihn klar und verständlich. In einem Aufsatz im 41. Hefte des „Grenzboten" macht Cleinow den Polen den Vorwurf des Russophilismus und behauptet, daß die große Zeit ein kleines Geschlecht in Polen fand. Ich antworte darauf nicht mit eigenen, sondern mit

den Worten des Herrn Reay aus seinem oben zitierten Aufsatze „Ueber Deutschland und die polnische Frage“: „Die russischen Polen“ — schreibt Reay — „hätten nichts anderes als Selbstmord begangen, würden sie versucht haben, unter diesen Umständen gegen die Petersburger Regierung sich revolutionär aufzubäumen. Die einrückenden russischen Heerführer versprachen den Polen sofort das Blaue vom Himmel über alle möglichen Freiheitsgeschenke. Der politische Boden war schon lange vorher bearbeitet worden. Auf der einen Seite wurde der gesamten polnischen Presse ein Maulkorb von solcher Enge vorgebunden, daß ihr nichts anderes übrig blieb, als entweder zu schweigen, oder sich russenfreundlich zu gebärden, und zugleich mit allen vergifteten Mitteln der Lüge und Geschichtsfälschung der Haß gegen Deutschland genährt. Auf der anderen Seite wieder hielt man neben der Peitsche den Polen das Zuckerbrot des Wohlwollens hin, welches die Ententemächte angeblich einmütig ihren nationalen Wünschen gegenüber hegten.“ Glaubt Herr Cleinow, daß unter solchen Umständen auch das größte Geschlecht sich anders verhalten könnte? Man muß ja die unerhörte Lage des polnischen Volkes berücksichtigen, eine Lage, für die es in der Weltgeschichte absolut kein Beispiel gibt. Mit dem Aufruf, welchen mehrere in Russisch-Polen begüterte angesehene Polen unterschrieben, sowie mit dem Protokoll der Gruppe Dmowski braucht man nicht zu viel Aufsehen zu machen. Man bedenke, das alles geschieht unter russischer Zensur und unter dem Drucke russischer Knechtschaft, von deren demoralisierender und geisttötender Wirkung niemand einen Begriff haben kann, der das nicht auf eigener Haut erfahren hat. Man soll den Polen freie Hand lassen und sie erst dann befragen, wohin sie wollen, nach Asien oder nach Europa? Ob sie es wünschen, unter russischer Knute geeinigt, oder unter Anschluß an Deutschland und Oesterreich-Ungarn frei zu sein. Wohl lebt in Galizien nur ein Fünftel der Polen, aber dieses Fünftel ist frei und es fühlt und denkt für die ganze Nation. Man kann daher auch mit Recht behaupten, daß die Bildung polnischer Legionen gegen Rußland dem freien Entschlusse der ganzen Nation entstammt und ihren Gefühlen entspricht. Die heimliche Unterstützung, welche den polnischen Legionen aus Polen unter russischer Herrschaft zuteil wird,

sowie der Enthusiasmus, mit welchem die polnische Jugend aus jenen Teilen Polens in die Legionen eintritt und der Heldenmut, mit welchem sie gegen russische Horden kämpft, erbringen den besten Beweis, in wessen Lager sich ganz Polen vereinigt befindet. Unter der Wucht der Tatsachen hat auch Herr Cleinow seine Urteile in mancher Beziehung modifiziert. Er beschließt ja seinen zweiten Aufsatz im Jännerheft der „Neuen Rundschau" mit folgenden Worten: „Die Polen den Russen überlassen, hieße alle Gefahren, die seit zweihundert Jahren von Rußland aus gegen Preußen heraufzogen, in vergrößertem Maßstabe erneuern. Sie müssen, ob sie mögen oder nicht (sie mögen es schon und wünschen nichts sehnlicher. Anm. des Verf.) aus der russischen Gefangenschaft befreit und der mitteleuropäischen Staatengesellschaft, die das Ergebnis dieses Krieges sein wird angegliedert werden. Im Anschluß an diese Staatengesellschaft und in ihrem Schutz werden die Polen vor allen Dingen zwei schwere soziale Probleme zu lösen haben: die Judenfrage und die Agrarfrage. In der Form ihrer Lösung steckt die Zukunft Polens und der Polen."

Die Polen wissen sehr gut, was sie von Rußland zu erwarten haben, sie wissen, daß ihnen auch die loyalsten Erklärungen nichts helfen werden, wenn daher auch solche Erklärungen hie und da getan werden, so geschieht dies meistens nur unter Zwang. Die Deutschen in den Ostseeprovinzen haben sich auch der russischen Regierung gegenüber sehr loyal benommen und vom russischen Standpunkte sehr patriotisch klingende Erklärungen verlautbart. Nun, welchen traurigen Lohn ernten sie jetzt für ihre Haltung! Mit Rußland ist eben nichts anzufangen, dort gibt es für keinen Westeuropäer Platz. In Rußland ist nur der mongolische Nivellierungsdrang allmächtig und wird es auch immer bleiben, so lange Rußland existiert. Zum Heile der Menschheit muß daher mit Rußland dasselbe geschehen, was mit dessen Vorgängern, mit den Reichen eines Tamerlan und Tschingiskhan geschehen ist. Seine Macht muß einfach in Nichts zerfallen.

Zum Schluß dieser — ich weiß es wohl — sehr unvollständigen Uebersicht des neuesten politischen Schrifttums

Deutschlands erwähne ich noch des großen Gelehrten und Meisters Franz von Liszt, welcher in zwei Vorträgen über „den erzieherischen Einfluß des Krieges“ und über „den mitteleuropäischen Staatenverband“ seinem Volke kostbarste Gedankenschätze darbietet. Wenn Liszt in seinem ersten Vortrage fordert, daß nach dem Kriege in einem starken friedlichen Deutschen Reiche sich kein Platz für Hetzer finde, daß aus dem politischen Leben jegliches Gift verschwinde; wenn er in seinem zweiten Vortrage verkündet, daß sobald der mitteleuropäische Staatenverband, wie er ihn sich denkt, ins Leben tritt, dieser Verband die verschiedensten Volksstämme zur Einheit zusammenfassen wird: „— An unserer nationalen Eigenart werden wir Deutsche dabei zähe festhalten, denn wir wissen, daß unsere Kraft in unserer Bodenständigkeit liegt. Aber die Eigenart der anderen Nationalitäten werden wir als gleichberechtigt anerkennen und nach wie vor, uns bemühen sie zu erfassen,“ — so können wir Polen derartige Ideen nur mit freudigstem Beifall begrüßen. Sobald die führenden Geister vor das deutsche Volk mit solchen Gedanken und Aufforderungen treten, so dürfen auch wir Polen hoffen, daß wir nach hundertjähriger Knechtschaft, nach schrecklichen Drangsalen und furchtbaren Opfern, die der jetzige Krieg unserem Volke aufbürdet, doch endlich einer besseren Zukunft entgegenschreiten.

Es erübrigt mir nur noch, einige Bemerkungen über jene Schriften, welche ihre Herkunft aus dem sogenannten „ukrainischen“ Lager ableiten. Meine Leser werden es mir jedoch hoffentlich nicht verargen, wenn ich alle anonymen Elukubrationen, die aus dem ukrainischen Lager kommen, ganz unberücksichtigt bei Seite lasse. Wenn jemand nicht den Mut hat, seine Ansichten und Angaben offen vor der ganzen Welt zu vertreten, wenn er unter der Maske der Anonymität Lügen auf Lügen und Verleumdungen auf Verleumdungen häuft, oder Tatsachen verdreht, der verdient es nicht, daß man mit ihm in aufrichtiger offener Auseinandersetzung die Klinge der Polemik kreuzt. Mag er sich nun „Observator“ oder „Verax“ benennen, sein eigentlicher Name bleibt doch immer „Mendax“. Auch mit Herrn Dr. jur. Michael Lozynskyj lasse ich mich in keine Po-

lemik ein. Er versucht ja bloß aus entsprechend zugeschnittenen Zeitungsartikeln und aus fragmentarisch zitierten persönlichen Aeußerungen einzelner Politiker angebliche „Dokumente des polnischen Russophilismus“ in Form von Denunziationen herauszupräparieren. Auf solche giftige, von Neid und Haß abgeschossenen Pfeile, darf man nur mit Worten Dantes antworten: „guarda e passa“.

Es ist doch sonderbar, daß dieselbe Partei, welche über die Bedrückung der Ukrainer durch die Polen in Galizien klagt, anderseits dasselbe Land als Hort der Freiheit und als einzige Stätte, wo sich das Ukrainertum unbehindert sowohl in wirtschaftlicher als nationaler Beziehung entwickeln kann, preist. So z. B. schreibt Herr Doktor B. Cehelskyj in seiner Flugschrift: „Der Krieg, die Ukraina und die Balkanstaaten“ auf Seite 18: „Jedenfalls aber haben sich die Kräfte des Ukrainertums so entwickelt, daß Ostgalizien mit seinen ukrainischen Gymnasien, Schulen, mit der Nationalkirche, der ukrainischen Presse, mit dem Theater, den Museen, dem ukrainischen politischen Parteileben, den Vereinen usw. zu einem Piemont für die ganze, unter dem russischen Regime stöhnende Ukraina geworden ist.“ Was ist also wahrheitsgetreu: Schaudergeschichten vom polnischen Drucke, oder die freudige Botschaft vom ukrainischen Piemont?

In der neuesten Zeit sind zwei Flugschriften erschienen, in welchen die ukrainische Frage auch im Verhältnisse zu der polnischen ruhig, maßvoll und ziemlich objektiv behandelt wird. Es sind dies: Der Aufsatz von Dr. Wladimir Kuschnir, „Die Ukraine und ihre Bedeutung im gegenwärtigen Kriege mit Rußland“ und Dmytro Donzows „Die ukrainische Staatsidee und der Krieg gegen Rußland.“ — Ich kann mich hier in eine kritische Erörterung der historischen Ausführungen der Herren Kuschnir und Donzow nicht einlassen. Ich muß jedoch hervorheben, daß beide Schriftsteller mit größtem Nachdruck den Unterschied zwischen dem ukrainischen Volke und dem Russentum betonen und alle Fälschungen der russischen offiziellen Historiographie mit Entschiedenheit zurückweisen. Das Verhältnis der Ukraine zu Polen ist zwar nicht immer ins richtige

Licht gestellt, allein die Treulosigkeit und die Schandtaten Rußlands werden wahrheitsgetreu dargestellt. Herr Kuschnir scheut sich auch nicht, folgendes offen zu bekennen: „Ueber alle Kritik erhaben“ — schreibt er auf Seite 33 — „ist jedoch die Tatsache, daß das österreichische Galizien (welches nach der Behauptung ukrainischer Politiker, den Polen ausgeliefert wurde, Anm. des Verf.) und die Bukowina der einzige Fleck auf Gottes Erdboden ist, auf dem das ukrainische Volk sich national entwickeln und politisch betätigen durfte, auf dem die Ukrainer ein anerkanntes und gleichgestelltes Volk sind, wo in Amt, Schule und Kirche die ukrainische Sprache erklingt, wo eine schöne Literatur in dieser Sprache erblüht.“

Mit Herrn Donzow will ich mich nur an einem Punkte in eine Polemik einlassen. Er schreibt auf Seite 54 seiner Flugschrift: „Die österreichische Politik bewegte sich anfangs in ganz anderem Ideenkreise, der den ukrainischen staatsrechtlichen Aspirationen nichts weniger als freundlich war. Die jagiellonische Idee war es eher, die in den offiziellen Kreisen Oesterreichs bis in die letzten Zeiten hinein Popularität genoß.“ Dieser Behauptung erlaube ich mir nun ganz entschieden entgegenzutreten. Zwischen der jagiellonischen Idee und den staatsrechtlichen Aspirationen des ukrainischen Volkes gibt es nicht nur keinen Gegensatz, aber im Gegenteil, die innigste Verwandschaft. Die ukrainische Staatsidee braucht nicht neben der alten jagiellonischen erst Raum zu gewinnen, da beide Ideen richtig verstanden, mit einander vollkommen harmonieren, und dasselbe Ziel erstreben, das ist: Freiheit, politische Selbständigkeit und Anschluß an die westeuropäische Kultur.

Die Ukrainer dürfen nur nicht vergessen, daß in Teilen des von ihnen in Anspruch genommenen ethnographischen Gebietes Millionen polnischer Volksgenossen leben. und daß dort auch wir Polen historisch, kulturell, sozial und wirtschaftlich begründete Rechte haben. Wir lassen uns also dort weder aufsaugen noch mit Hilfe „radikaler Agrarreformen“ (wie Herr Cehelskyj dies wünscht) von dort, wo unsere Väter gelebt, gearbeitet, gekämpft und geblutet haben, hinauswerfen.

VI.

Die polnische Frage steht auf der Tagesordnung politischer Erörterungen. Allein nicht nur im Lager kriegführender Mächte beginnt man ihre Bedeutung zu würdigen, auch die öffentliche Meinung in den neutralen Ländern beschäftigt sich mit dem polnischen Problem immer eingehender und intensiver. Schweizerische, holländische, dänische, schwedische, amerikanische, rumänische und bulgarische, besonders aber italienische Zeitungen veröffentlichen zahlreiche Artikel, in denen die gegenwärtige Lage und die Zukunft Polens in Verbindung mit den Kriegsereignissen besprochen werden. Ueberall bricht sich die Ueberzeugung Bahn, daß mit Polen etwas geschehen müsse, daß es nach dem Kriege nicht so bleiben könne, wie es vor dem Kriege war.

Was soll nun mit den polnischen Ländern nach dem Kriege geschehen? Das ist die Frage, die sich von selbst aufwirft. Ich will ihr auch nicht aus dem Wege gehen, im Gegenteil, ich beabsichtige zum Schlusse dieser Flugschrift ihr einige grundsätzliche Erwägungen zu widmen. Als Ausgangspunkt wird mir natürlich nur der Sieg der Zentralmächte dienen, da ich nur einen solchen Fall als für mein polnisches Vaterland günstig und heilbringend erachte.

Ich habe bereits oben mit Nachdruck hervorgehoben, daß nach einem siegreichen Kriege die Möglichkeit, Polen in Händen Rußlands zu lassen, als unbedingt ausgeschlossen betrachtet werden muß. Die zukünftige Sicherheit Deutschlands und Oesterreich-Ungarns erfordern kategorisch eine Verschiebung russischer Grenzen nach Osten. Ich kann nicht aufhören, mich immer auf die Worte des größten Meisters deutscher Politik des Fürsten Bismarck zu berufen, in welchen das Programm für die nächste Zukunft ausgedrückt erscheint: „Eine Schwächung Rußlands, durch die es unfähig würde sich zu rächen, ließe sich nur durch die volle Herstellung Polens und auch dadurch nicht sicher herbeiführen.“ (Bismarck hat in diesem seinen Berichte die Worte „und auch dadurch nicht sicher“ augenscheinlich nur zu dem Zwecke eingeschaltet, um auf die von Rußland drohende Vergeltungsgefahr, umso größeren Nachdruck zu legen.) Polen kann demnach in den Händen Rußlands nicht bleiben. Was soll nun mit diesen Ländern geschehen? Hier sind folgende drei Lösungen möglich:

1. Die Rußland abgenommenen Gebiete werden zwischen die beiden siegreichen Mächte geteilt. Es erfolgt eine neue Teilung Polens. —

2. Aus den Rußland abgenommenen polnischen Provinzen wird ein unabhängiger Staat unter dem Szepter

eines Mitgliedes der Habsburger oder der Hohenzollerndynastie gebildet.

3. Die von Rußland abgetrennten Gebietsteile werden mit Galizien zu einem einheitlichen staatlichen Organismus im Rahmen des österr. Kaiserstaates vereinigt.

Das sind die drei einzig möglichen Lösungen des Problems. Die Frage der Grenzen, des Umfanges und der Organisation des zukünftigen mit Oesterreich-Ungarn vereinigten politischen Gebildes lasse ich unerörtert ganz bei Seite. Es ist noch nicht Zeit dazu, derartiges bereits jetzt zu erwägen. Mir handelt es sich nur um das Prinzipielle, um die grundsätzliche Seite des Problems. —

Die erste der drei möglichen Lösungen der polnischen Frage besteht in der Teilung des eroberten polnischen Gebietes zwischen die siegreichen Mächte Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Eine derartige Kombination kann kaum anders als am wenigsten zweckentsprechend, ja sogar für alle dabei Interessierten als im hohen Grade gefährlich bezeichnet werden. Es wäre dies der Fall, welchen Graf Andrássy in seiner oben besprochenen Rede für ausgeschlossen betrachtet. Die Polen würden sich nach furchtbaren Opfern und Leiden, die ihnen der Krieg brachte, in ihren Hoffnungen getäuscht sehen. Eine solche Volksstimmung könnte sich nun Rußland sehr leicht nutzbar machen. Wer die agitatorische Rücksichtslosigkeit Rußlands kennt, der kann es mit Bestimmtheit vorhersagen, daß sich Rußland in einem solchen Falle der polnischen Frage bemächtigen würde, um sie als Sturmbock gegen seine Sieger zu verwenden. Deutschland und Oesterreich-Ungarn hätten an ihren Nord- und Ostgrenzen nicht nur keine Sicherheit und Ruhe sich erkämpft, sondern im Gegenteil die russische Gefahr würde sich nur steigern. Russische Agitatoren würden sich andauernd auf die nach dem Kriege erfolgte abermalige Zerstückelung des polnischen Volkes, sowie auf die im Manifeste des Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch enthaltene Verheißung seiner Einigung berufen. Man könnte sich auch gar nicht wundern, wenn derartige Einflüsterungen bei einem unglücklichen, enttäuschten und in seinen heiligsten Gefühlen verletztem Volke Gehör fänden. Man antworte mir nicht, daß es in der Gegenwart, der heutigen

Waffen- und Heeresorganisation gegenüber die Stimmung der Bevölkerung eine gleichgültige Sache sei. Das Beispiel der in einigen Gegenden Galiziens durch russische Agitationen irregeführten ruthenischen Bevölkerung kann uns eines besseren belehren. Nur ein freies, zufriedenes Volk, das seine heiligsten Güter zu verteidigen hat, kann eine unüberwindliche Schutzwehr gegen jedwede Gefahr bilden. Auch die in Deutschland und in Oesterreich lebenden Polen wären mit einer solchen Lösung der polnischen Frage kaum zufrieden. Sie haben sich im Kriege aufs korrekteste und opfermutigste benommen, nicht nur aus Dankbarkeit und im Gefühle staatsbürgerlicher Pflichten, aber auch in der Hoffnung, daß ihre unter dem russischen Joche schmachtenden Brüder einer besseren Zukunft entgegenschreiten. Ob unter solchen Bedingungen die Steigerung des Prozentsatzes der polnischen Bevölkerung sowohl im Deutschen Reiche als auch in Oesterreich vom Standpunkte der Staatsinteressen erwünscht und nützlich wäre, das lasse ich dahingestellt.

Die zweite Möglichkeit besteht in der Schaffung eines unabhängigen sogenannten „Pufferstaates". Es gibt sowohl unter den Deutschen als auch besonders unter den Polen viele Anhänger einer derartigen Lösung der polnischen Frage. Ich erachte sie jedoch für ungeeignet, einen dauernden Frieden zu sichern und sogar für gefährlich, und zwar aus folgenden Gründen: Es würden sich in einem solchen Falle die am Wiener Kongresse begangenen Fehler wiederholen. Da man nun der österreichisch-ungarischen Monarchie nicht zumuten könnte, daß sie nach einem siegreichen Kriege Galizien, die größte Provinz, um welche so blutig gekämpft wurde, durch Abtretung an einen zu bildenden polnischen Staat verliere, so würde das polnische Volk wie früher zwischen drei oder vielleicht sogar zwischen vier Staaten zerstückelt bleiben. In den politischen und nationalen Bestrebungen der Polen müßte sich demnach eine noch nie dagewesene Anarchie breitmachen. Da würde sich für die agitatorische Tätigkeit Rußlands ein dankbares Feld eröffnen. Rußland würde den Polen neben der Selbständigkeit auch noch die Einigung versprechen und auf die Unerträglichkeit wirtschaftlicher, politischer und nationaler Zustände, welche in der Teilung ihren Grund hätten, hin-

weisen. Pufferstaaten sind überhaupt sehr gefährliche Gebilde, allem möglichen Ränkespiel leicht zugänglich, wie dies aus der neuesten Zeit am besten das Beispiel Belgiens beweist. Also auch diese Möglichkeit wäre abzuweisen.

Es bleibt mir zuletzt noch, die dritte Kombination zu erwägen. Sie besteht in der Angliederung polnischer Rußland abgenommener Gebietsteile an Oesterreich, die mit Galizien zu einem staatlichen Organismus vereint werden müßten.

Das ist, meiner innersten Ueberzeugung nach, die einzig richtige und den Verhältnissen am besten entsprechende Lösung der polnischen Frage. Für die Polen wäre sie höchst erwünscht, da das polnische Volk seiner großen Masse nach unter dem Szepter Habsburgs geeinigt, endlich eine in nationaler Hinsicht selbständige Existenz gewinnen würde. Die Polen, mögen sie wo immer leben, wissen es sehr gut, was sie den letzten fünfzig Jahren Freiheit unter der milden und gerechten Regierung des hochherzigen Kaisers Franz Joseph I. verdanken, und würden gewiß die ihren Volksgenossen erwiesenen Wohltaten mit innigster Dankbarkeit und Anhänglichkeit vergelten.

Oesterreich-Ungarn würde durch Anschluß Polens eine gewaltige Stärkung erfahren. Die Monarchie gewänne bedeutend besser gesicherte Grenzen, die militärische Macht der Monarchie würde sich gewiß um ein paar Millionen steigern. Unter solchen Umständen müßte Rußland für Oesterreich zu einem ungefährlichen Gegner herabsinken.

Auch für Deutschland repräsentiert der Anschluß Polens an Oesterreich-Ungarn die vorteilhafteste Lösung. Die habsburgische Monarchie wird ja nach dem Kriege unzweifelhaft in ein noch engeres Bündnis mit Deutschland treten wie zuvor. Dieses Bündnis wird auch Polen umfassen. Ein freiheitlich regiertes und zufriedenes Polen, organisch mit der habsbur-

gischen Monarchie verbunden, wird nun für Deutschland die beste Deckung geben. Das deutsche Volk wird in der Zukunft ruhig in seinen Grenzen leben und arbeiten können, da es an der gefährlichsten östlichen Seite, wo es keine natürlichen Grenzen gibt, ein befreundetes und mit Deutschland im Bundesverhältnisse stehendes Volk zum Nachbarn haben wird. In diesem Polen gäbe es auch keinen Raum für agitatorische Tätigkeit Rußlands. Im Gegenteile, die Polen würden alles aufbieten, um den ihnen von Osten drohenden Gefahren die Stirne bieten zu können. Sie werden auch umso erfolgreicher jedem russischen Anpralle widerstehen können, da sie in Deutschland und in anderen Staaten der Monarchie immer die Rückendeckung finden werden.

Auch in wirtschaftlicher Beziehung könnte der Anschluß Polens an Oesterreich-Ungarn manchen Nutzen bringen. Die habsburgischen Staaten stünden ja mit dem Deutschen Reiche in innigster wirtschaftlicher Verbindung. Deutschland strebt nach Vorderasien, dort ist das natürliche Gebiet für deutsche Expansion zu suchen. Nun, der nächste Weg nach Bagdad führt über Polen. Deutschland könnte sich diesen Weg durch vorteilhafte wirtschaftliche Verträge für lange Zeiten sichern Der deutschen Industrie und dem deutschen Handel würden dadurch großartige Aussichten für die Zukunft eröffnet. Wichtig und für Deutschland von Nutzen könnte auch eine entsprechende Regelung der Arbeiterfrage sein. Deutschland fände in dem befreundeten Polen eine reichhaltige Quelle von Arbeitskräften, besonders für seine Landwirtschaft. Das Verhältnis der in Deutschland wohnenden Polen zu ihren Volksgenossen im Nachbarstaate, kann ich mir sehr gut nach dem Muster des Verhältnisses der Deutschen in Oesterreich zu den Deutschen im Reiche denken. Die Grenze bildet in nationaler Beziehung kein Hindernis für die Deutschen, dasselbe könnte auch für die Polen der Fall sein. Die beiden mit einander verbündeten Reiche hätten an ihren Grenzen Bruchteile von völklich mit einander eng verwandten Bevölkerungen. Es wären dies Deutsche und Polen. Bilden die Deutschen trotz der Nachbarschaft des Deutschen Reiches keine

Gefahr für Oesterreich, so würden auch die Polen trotz der Nachbarschaft eines der habsburgischen Monarchie angehörenden Polenstaates bei entsprechender Behandlung keine Gefahr für Deutschland oder für Preußen bilden.

Ich wiederhole also: Will Deutschland und Oesterreich-Ungarn dauernd gesichert bleiben, so kann dies nur durch Angliederung der Rußland abgenommenen polnischen Länder an Galizien

geschehen.

In der Rede des Fürsten Bismarck, die er im preußischen Landtage am 28. Januar 1886 gehalten hat, finden wir folgende Worte: „Es ist ja möglich, daß die Vorsehung nach der Art, wie wir die außerordentliche Gunst, die uns in den letzten 20 Jahren zuteil geworden ist, aufgenommen und verwertet haben, ihrerseits findet, daß es nützlich sei, den deutschen Patriotismus noch einem Feuer europäischer Koalitionen größerer benachbarter antideutscher Nationen, noch einem härtenden und läuternden Feuer auszusetzen, mit anderen Worten, daß wir von der Vorsehung nochmals in die Lage gebracht werden, ebenso wie Friedrich der Große nach dem ersten und zweiten schlesischen Kriege, uns noch gegen Staatenkoalitionen zu verteidigen....“ Diese Prophezeiung des großen Kanzlers hat sich nun jetzt vor unseren Augen erfüllt Das deutsche Volk besteht jene härtende und läuternde Probe. Diese Härtung und Läuterung wird ihm nicht nur eine innere Festigung bringen, nicht nur seine moralische Kraft und seine Schaffenstätigkeit auf allen Gebieten bedeutend steigern, sie wird unzweifelhaft auch das Verhältnis des deutschen Volkes zum polnischen Nachbarvolke, welches mit ihm die Zugehörigkeit zur westeuropäischen Kultur teilt, welches in der Gegenwart gemeinsam mit ihm gekämpft, geblutet und gelitten hat, einer Umwertung unterziehen. Es wäre nutzlos und beirrend, jetzt aus der Vergangenheit Schlüsse für die Zukunft zu ziehen. Grundsätzlich geänderte Verhältnisse erfordern auch eine Aenderung der Politik. Alle Berufungen auf das Ansehen Bismarcks können hier nicht viel helfen. Niemand hat es besser als Fürst

Bismarck verstanden, den innersten Sinn weltgeschichtlicher Strömungen zu ergründen und ihm seine Politik anzupassen. Den besten Beweis hiefür liefert die Behandlung Oesterreichs im Jahre 1866 und der Abschluß des Bündnisses mit der polenfreundlichen Monarchie im Jahre 1879 trotz der Freundschaft mit Rußland. Bismarck war eben kein politischer Schulmeister, kein Doktrinär, er war ein Mann der schöpferischen Tat. Er hat in dem jetzt regierenden Deutschen Kaiser einen würdigen Nachfolger gefunden. Hat es nun der Deutsche Kaiser, als er sein Vaterland in der höchsten Gefahr erblickte, über sich gebracht, die anderthalb Jahrhunderte alte Freundschaft mit Rußland über Bord zu werfen, hat er von genialem Scharfsinn geleitet, es verstanden, in 24 Stunden epochemachende Entschließungen zu fassen, so wird sowohl er selbst als auch werden es seine treuen Mitarbeiter und das ganze deutsche Volk ebenfalls verstehen, die Verhältnisse an der Ostgrenze nach dem Kriege so einzurichten wie dies die Gerechtigkeit und das Interesse Deutschlands erheischen werden. Es wäre meinerseits eine schrankenlose Anmaßung, wollte ich in politischen Interessen Deutschlands dem deutschen Volke irgend welche Ratschläge erteilen, es möge mir jedoch erlaubt sein, allen ernsten und von patriotischer Sorge für die Zukunft erfüllten Geistern Deutschlands die Frage vorzulegen, ob nicht der Anschluß Polens an Oesterreich-Ungarn, ob nicht eine endgültige und volle Verwirklichung der jagiellonischen Idee die beste Sicherstellung des Friedens und des Gleichgewichtes im Osten Europas wäre. Die Herrschaft westeuropäischer Kultur im Osten Europas wäre dadurch in der Zukunft befestigt. Die Ideale des Wiener Kongresses vom Jahre 1515 wären zum Heile Europas, im Gegensatze zu dem zweiten Wiener Kongresse vom Jahre 1815, siegreich. Das Losungswort des Jahres 1915 möge nun sein: Zurück zu dem großen Werke des Jahres 1515! Fort mit dem Flickwerke des Jahres 1815! Hat die große europäische Tragikomödie mit dem Wiener Traktate vom Jahre 1815 begonnen, so kann sie jetzt unmöglich

ihren Abschluß mit der Nötigung Rußlands zur Respektierung dieses Traktates finden. Das Werk vor hundert Jahren muß grundsätzlich abgeändert und verbessert werden, und zwar durch den erzwungenen Verzicht Rußlands auf das alles, was es nur Dank der List, der Bestechung und der Gewalt besitzt.